

Zeitschrift für den Klassenkampf

KOMMUNISMUS

#8 | 03/2017 | 2 Euro

WAHLEN 2017

*Wie umgehen mit Rechtsruck
und Parlamentarismus?*



DIE ROLLE DER JUGEND

Im Kampf für den Sozialismus

DAILY RESISTANCE

Geflüchtete erschaffen ihre Presse

INHALTSVERZEICHNIS

DIE BUNDESTAGSWAHLEN 2017

Was ist der Parlamentarismus und warum bekämpfen wir ihn? | Seite 4

DIE JUGEND IM KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS

Warum wir eine kommunistische Jugendorganisation brauchen | Seite 17

DIE LAGE DER ARBEITERKLASSE IN SPANIEN

Krise, Protest und Perspektiven | Seite 24

INTERVIEW: DAILY RESISTANCE

wie sich geflüchtete ihre eigene Presse schaffen | Seite 28

POLITICAL ENGINEERING UND RECHTSENTWICKLUNG

Oder: Wie steuert der Staat unser Denken und Fühlen? | Seite 32

AUFRUF GEGEN DEN G20-GIPFEL

Heraus zum Kampf gegen den Imperialismus und seine Lakaien: Kämpft und leistet Widerstand gegen den G20-Gipfel in Hamburg! | Seite 38



Eindrücke von der LLL-Demonstration Januar 2017

KOMMUNISMUS ONLINE

Kommunismus Online lesen: www.komaufbau.org/category/zeitung

Website Kommunistischer Aufbau: www.komaufbau.org

Facebook: facebook.com/komauf

Twitter: twitter.com/komaufbau

Youtube: youtube.com/channel/UCmxScx-jf4q0gBdtFYRS1rw

LIEBE LESERINNEN.

Diese Ausgabe unserer Zeitung steht im Zeichen des „Superwahljahrs 2017“. Wir nehmen die anstehenden Bundestagswahlen zum Anlass, um dieses Heft mit einem längeren Grundsatzartikel beginnen zu lassen. Darin legen wir die marxistisch-leninistische Haltung zum bürgerlichen Staat und zum **Parlamentarismus** dar und setzen uns mit den in der politischen Widerstandsbewegung vorherrschenden Positionen hierzu auseinander. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Frage, inwieweit der bürgerliche Staat heute bei den unterdrückten Teilen der Bevölkerung schon „erledigt“ ist, d.h. jegliches Vertrauen verspielt hat oder nicht.

Der zweite Artikel zur **Rolle der Jugend im Kampf für den Sozialismus** ist als Ausrichtung und Diskussionsgrundlage gedacht: Für alle Olga Benarios, Phillip Müllers und Ivanna Hoffmanns, die sich voller revolutionärer Ungeduld entschieden haben, ihr Leben dem Kommunismus zu widmen. Unsere Absicht ist, dass wir hiermit eine Entwicklung fördern, an deren Ende die Gründung einer schlagkräftigen kommunistischen Jugendorganisation in Deutschland steht.

Als KommunistInnen müssen wir die Schmerzen der ArbeiterInnen überall auf der Welt nachempfinden können und daraus Mut und Kraft schöpfen. Der dritte Artikel dieses Hefts zur **Lage der ArbeiterInnenklasse in Spanien** soll diesem Zweck dienen.

Während in der letzten Ausgabe mit dem Bericht einer Sozialarbeiterin aus dem Alltag im Flüchtlingslager ein Einblick in die Lebensrealität hunderttausender MigrantInnen in Deutschland gegeben werden konnte, kommt in dieser Ausgabe ein Vertreter ihrer politischen Vorhut zu Wort und berichtet im

Interview mit uns aus der Arbeit der von Gelücherten erstellten Zeitung ‚**Daily Resistance**‘.

Am Ende dieser Ausgabe kommen wir schließlich noch einmal auf das Thema des Parlamentarismus zurück und beschäftigen uns mit den „modernen“ Formen staatlicher Manipulation. Wir erklären, was sich hinter dem Begriff „**political engineering**“ verbirgt und was Hirnforschung mit der politischen Rechtsentwicklung in Deutschland zu tun hat.

Zuletzt möchten wir uns bei allen bedanken, die auf die letzte Ausgabe unserer Zeitung aktiv reagiert und uns Kritiken zu unseren Artikeln zugesandt haben. Insbesondere mit Bezug auf die Artikel zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur Situation in der Türkei nach dem Putschversuch haben wir ausführliche Kritiken erhalten. Diese sind zum Teil mit vielen Detailkenntnissen verfasst worden und haben uns einige Einseitigkeiten in unserer Analyse und Punkte aufgezeigt, die noch nicht ausreichend von uns begründet worden sind.

Wir freuen uns in jedem Fall, dass unsere Arbeit mit ‚Kommunismus‘ offenbar zur Entwicklung der Debatte unter RevolutionärInnen beiträgt.

Die achte Ausgabe von Kommunismus erscheint nun zum ersten mal mit farbigem Cover und in neuem Layout. Wir verfolgen damit das Ziel, die Zeitschrift ansprechender und übersichtlicher zu gestalten.

Wir wünschen allen LeserInnen wie immer viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf weitere Kritiken!

‚Kommunismus‘-Redaktion
März 2017

Abomöglichkeit:

„Kommunismus“ kann beim Verlag Leo Jogiches abonniert werden. Schickt dazu einen Umschlag mit Geld und Eurer Adresse an unser Postfach 300 204, 44232 Dortmund. Ihr erhaltet so viele Ausgaben von „Kommunismus“, wie Ihr bezahlt habt. Der Preis für 5 aufeinander folgende Ausgaben beträgt 15 Euro.

Impressum:

Herausgeber: Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches; V.i.S.d.P.: H. Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.

Kontakt: info@komaufbau.org

PGP-Key-Fingerprint: 9A49 BFDB 1EA1 A19D E6E4 D090 6777 88 EC BE6A 4061

Eigentumsvorbehalt: Dieser Brief bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Briefes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.



DIE BUNDESTAGSWAHLEN 2017

WAS IST DER PARLAMENTARISMUS UND WARUM BEKÄMPFEN WIR IHN?

Im September 2017 sind wieder einmal vier Jahre vorüber: Ein neuer Bundestag wird gewählt. Nach zwei für alle Beobachter sehr unerwarteten Abstimmungsergebnissen in anderen westlichen Ländern – dem “Brexit” und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten – ist die Spannung groß: Wird das Resultat die Bildung der vierten Merkel-Regierung sein? Wird die SPD unter Martin Schulz eine Koalition anführen können? Oder kommt es auch hier zu einem politischen Erdbeben (vielleicht mit einem neuen Reichskanzler Höcke)? Ein Einzug der faschistischen AfD ins Parlament gilt als sicher. Ihr Abschneiden als drittstärkste Kraft mit einem zweistelligen Ergebnis wird durch die Umfragen der letzten Monate nahegelegt.

Die Wahl findet vor dem Hintergrund einer sehr brisanten und sich dynamisch entwickelnden Weltlage statt, die viele Möglichkeiten bereithält: Regelmäßige Terroranschläge in allen Regionen der Welt, einen erneuten Ausbruch einer heftigen Wirtschaftskrisis, die grundlegende Neuordnung der imperialistischen Bündnisse, eine direkte Konfrontation zwischen imperialistischen Ländern, eine explosionsartige Entwicklung der Migrationsbewegung nach Europa, den Ausbruch von Bürgerkriegszu-

ständen in den Städten eines westlichen Landes, z.B. Frankreich oder den USA. Vergessen wir auch nicht die tiefgreifenden Veränderungen, die sich an der wirtschaftlichen Basis abzeichnen: Die fundamentale Neuorganisation der Arbeitsprozesse in zahlreichen Branchen im Zuge einer neuen industriellen Revolution (Stichpunkte: “Digitalisierung”, “Industrie 4.0” etc.).

Es ist also einiges in Bewegung. Und die Zeit vor großen Wahlen ist immer eine Zeit verstärkter politischer Diskussionen, in der politischen Widerstandsbewegung wie in den Massen. Wen wählen wir? Ist Rot-Rot-Grün die letzte Rettung vor dem AfD-Faschismus? Oder ist die MLPD¹ die Alternative? Sollen wir überhaupt wählen? Aktiver oder passiver Wahlboykott? Hat der Parlamentarismus als politisches System bei den unterdrückten Massen schon ausgedient? Welche Unterschiede gibt es in Stadt und Land, in Ost und West?

Zu einigen dieser Fragen wollen wir im Folgenden Stellung nehmen. Im Zentrum dieses Artikels steht dabei unsere prinzipielle Position zum Parlamentarismus.

1 “Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands”, mehr zu ihrer Wahlpolitik im weiteren Verlauf.

1. WIE IST UNSERE HALTUNG ZU PARLAMENT UND WAHLEN?

*“Die Allmacht des ‚Reichtums‘ ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil sie nicht von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es [...] von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, dass kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.”*²

Die Parlamente in bürgerlichen Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland sind keine Vertretungen des Volkes, sondern Teil des Herrschaftsapparates der Kapitalistenklasse. Diese Erkenntnis muss der Ausgangspunkt jeder revolutionären Taktik gegenüber Wahlen in solchen Staaten sein.

Karl Marx und Friedrich Engels haben herausgearbeitet, dass der Staat als solcher keine “natürliche” Organisationsform der Menschen zur Regelung gesellschaftlicher Belange ist, wie es uns der Schulunterricht weismachen will. Staaten haben nicht immer existiert: Sie sind mit dem Aufkommen der Klassengesellschaft entstanden. Egal, ob an der Spitze ein König, ein Kaiser oder eine parlamentarisch gewählte Regierung steht: Staaten sind immer und überall Ausdruck davon, dass in einer Gesellschaft unversöhnliche Klasseninteressen existieren. In Klassengesellschaften, die auf einem Ausbeutungsverhältnis basieren, dienen sie dazu, die Herrschaft der ausbeutenden Klasse zu sichern und die ausgebeutete Klasse niederzuhalten.³

*„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist der in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. Nicht nur der antike und der Feudalstaat waren Organe zur Ausbeutung der Sklaven und leibeigenen und hörigen Bauern, sondern es ist auch der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.”*⁴

2 Lenin, “Staat und Revolution”, Werke Bd. 25, S. 405

3 In der Diktatur des Proletariats ist es hingegen die ehemals ausgebeutete Mehrheit, die ArbeiterInnenklasse, die ihre ehemaligen Ausbeuter, die Kapitalisten, niederhält und an der Wiederherstellung des Kapitalismus hindert. Und zwar solange, bis es keine Klassen mehr gibt!

4 ebd., S. 404

Die heute in den westlichen imperialistischen Ländern vorherrschende Staatsform ist die bürgerliche Demokratie, in der Regierungen und Parlamente (Bundestag, Senat, usw.) von der ganzen Bevölkerung gewählt werden. Das Parlament beschließt in dieser politischen Ordnung die Gesetze eines Staates.

Man kann sagen, dass die bürgerliche Demokratie die effektivste politische Form einer Klassenherrschaft ist, die es in der Geschichte jemals gegeben hat. Ihre Stärke beruht darauf, dass sie die ausgebeutete Klasse, das Proletariat, einbezieht und ihr den Eindruck vermittelt, sie wäre an der politischen Macht beteiligt.

Das wichtigste Mittel hierfür ist eben der Parlamentarismus: Durch die Möglichkeit, alle paar Jahre zu wählen, welche Parteien mit welchen Vertretern in Bundestag, Landtage usw. einziehen und damit die Zusammensetzung der Regierung zu bestimmen, wird der Eindruck erweckt, die Bevölkerung selbst würde in der BRD “herrschen”. Prinzipiell hat man ja sogar die Möglichkeit, selbst für eine politische Funktion zu kandidieren!

In Wirklichkeit befinden sich Regierung, Parlament und die ihnen untergeordneten Institutionen des Staates unabhängig von ihrer parteimäßigen Zusammensetzung jedoch fest in den Händen der kapitalistischen Monopole und werden strikt von oben nach unten geführt: Der politisch engagierte Arbeiter wird das spätestens dann bemerken, wenn er selbst – z.B. auf dem Ticket der SPD – ein Mandat erworben hat und auf die Idee kommt, in seiner Funktion gegen die “Empfehlung” der eigenen Parteiführung zu stimmen – und sei es auch nur im Sportausschuss des eigenen Stadtbezirks.

Dass die Vertreter der Regierung und die Parlamentsabgeordneten der Parteien tatsächlich vom Bundestag hinunter in die Stadträte in aller Regel über tausende Fäden mit der Kapitalistenklasse verbunden sind, ist bereits an vielen Stellen hinlänglich dokumentiert worden: Nehmen wir nur die Minister z.B. der letzten rot-grünen Regierung, die nach ihrer Regierungszeit gerade in die Unternehmen gewechselt sind, mit denen sie vorher politisch zu tun hatten⁵.

Verallgemeinernd sagte Friedrich Engels dazu bereits Ende des 19. Jahrhunderts: *„In der demokratischen Republik [...] übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus, und zwar erstens*

5 Siehe z.B. die ARD-Dokumentation “Rot-Grün macht Kasse”, zu finden unter <https://youtu.be/vGeLYQzDgEY> – oder die gelungene Broschüre “Deutsche Politik im Netz des Kapitals”, www.akab.mobi/wp-content/uploads/2014/05/AKAB-Im-Netz-des-Kapitals.pdf

durch die ‚direkte Beamtenkorruption‘ (Amerika) und zweitens durch die ‚Allianz von Regierung und Börse‘ (Frankreich und Amerika).⁶

Der Parlamentarismus reduziert sich, um ein weiteres klassisches Zitat des Marxismus zu bemühen, für die ausgebeutete Klasse also darauf, „... einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll.“⁷

Es gibt in der BRD noch ein zweites wichtiges Instrument zur Integration der Massen: Nach dem Vorbild des Parlamentarismus wurde nach dem Zweiten Weltkrieg das System der betrieblichen „Mitbestimmung“ - besser: Ko-Management – über Betriebsräte und DGB-Gewerkschaften etabliert.



Ein Team-Eine Familie; IG Metall bringt die ArbeiterInnen auf Kuschelkurs

Grundgedanke des Parlamentarismus sowie des Ko-Managements durch die bürgerlichen Gewerkschaften ist das Konzept der ideologischen und politischen Integration der „natürlichen Führer“ der ausgebeuteten Klasse in das Herrschaftssystem der Bourgeoisie. Dieses Konzept funktioniert für das deutsche Kapital bislang außerordentlich gut. Bereits in früheren Texten haben wir diesbezüglich auf einige Beispiele wie die Integration der 68-er Protestbewegung und Teile der „K-Gruppen“ durch die Partei „Die Grünen“ verwiesen.⁸

Es muss in diesem Zusammenhang unbedingt erwähnt werden, dass das politische Herrschaftskonzept der Integration eine ökonomische Grundlage hat: Das Kapital in den imperialistischen Ländern erzielt Extraprofite durch die Ausbeutung anderer Länder, die es für die Bestechung eines Teils der ArbeiterInnenklasse sowie der mittleren Angestellten und des Kleinbürgertums im eigenen Land verwen-

det. Dieser Bevölkerungsteil bildet die notwendige gesellschaftliche Basis für die „integrierten Oppositionsführer“ (Was wären schließlich die Grünen ohne ihren Bio-Mittelstand im Rücken? Oder die IG-Metall-Fürsten ohne die Stammebelegschaften in der Autoindustrie?). Diese Basis beeinflusst letztlich auch diejenigen Teile der unterdrückten Klassen, die bei der Bestechung leer ausgegangen sind.

Der Parlamentarismus und die Integration drohenden Widerstands sind als politische Erscheinungen natürlich älter als der Imperialismus. Mit der Bildung kapitalistischer Monopole, die sich den Staatsapparat im eigenen Land völlig untergeordnet haben, und der Aufteilung der Welt unter diese Monopole bekommt die ideologische Gewinnung der ausgebeuteten Massen jedoch einen entscheidenden Stellenwert für das Kapital⁹. In diesem Sinne wird der Parlamentarismus im Imperialismus zur bevorzugten Form der Herrschaftsausübung durch das Kapital.

DER PARLAMENTARISCHE STAAT IN SEINER ENTWICKLUNG

Die wesentliche Aufgabe des bürgerlichen Staates ist die Sicherung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses: Die Erzielung von Mehrwert durch die Lohnarbeit des Proletariats¹⁰.

Im Zeitalter des Imperialismus muss man präzisieren und ergänzen, dass der bürgerliche Staat, der sich nun in der Hand der Monopole befindet, sozusagen zum Hüter und Vollstrecker des „ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus“ wird: „Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofitten dienen.“¹¹

Alle weiteren staatlichen Aufgaben leiten sich aus dieser Grundfunktion ab.

In Hinblick auf die Frage des Parlamentarismus bedeutet das einerseits: Unabhängig von Wahlen und den Wechsellagen in der Zusammensetzung von Regierung und Parlament muss es einen staatlichen Apparat geben, der die Erfüllung dieser Funktion mit

6 „Staat und Revolution“, S. 404 f.

7 Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, MEW 17, S. 340

8 vgl. „Die Krise des Imperialismus und der europäische Frühling“, Verlag Leo Jogiches

9 vgl. hierzu den Artikel „Die Bewegungen Pegida und Hogesa und die Perspektiven des proletarischen Antifaschismus“, www.komaufbau.org

10 In der BRD ist zum Beispiel das Recht auf Ausbeutung im Grundgesetz durch das Recht auf Privateigentum festgeschrieben (Artikel 14).

11 Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, SW 15, S. 328 ff.

absoluter Zuverlässigkeit sichert. Deshalb wechselt nach einer Bundestagswahl eben nicht das gesamte Personal des Kanzleramts und der Ministerien, sondern in aller Regel nur deren Führungsriege. Zum Beispiel gibt es die sehr wichtigen verbeamteten Staatssekretäre in den Führungen der Ministerien, die manchmal über Jahrzehnte und unter den Ministern verschiedener Parteien im Amt bleiben. Aber mehr noch ist es der gesamte – niemals gewählte! – Beamten-, Polizei-, Geheimdienst- und Militärapparat, der die staatliche Stabilität sichert¹². Die Existenz dieses Apparates ist unter anderem eine wichtige Stütze dafür, dass ein bürgerlicher Staat wie die BRD durch alle Parlaments- und Regierungswechsel hindurch eine einheitliche, langfristige Strategie, z.B. in der Innen- und Außenpolitik verfolgt: Diese ist aber gerade die Strategie der kapitalistischen Monopole¹³.

Damit sollte sich die Frage von selbst beantworten, wie viel realen Gestaltungsspielraum eine andere Regierung in diesem Staat wohl hätte, wenn sie tatsächlich das Ziel verfolgen würde, etwas Wichtiges zu verändern, z.B. den alten DKP¹⁴-Klassiker einer „antimonopolistischen Demokratie“ einzuführen. Gesetzt den Fall, man würde ihr überhaupt die Schlüssel fürs Kanzleramt aushändigen ...¹⁵

12 Weiß ein Regierungschef z.B. über alles im einzelnen bescheid, was seine Geheimdienste so treiben? Im Zuge einer parlamentarischen Untersuchung zur Überwachung verbündeter Staaten durch den BND stritt Angela Merkel genau das kürzlich ab. Und für uns gibt es keinen Grund, an dieser Aussage zu zweifeln! Denn es ist für die Amtsausübung eines Regierungschefs schlicht und ergreifend garnicht notwendig, über alle Details der geheimdienstlichen Arbeit bescheid zu wissen. Es ist sogar für beide Seiten besser, wenn nicht: Der kluge Regierungschef kann sich durch seinen Mitarbeiterstab von brisanten Informationen gerade abschirmen lassen, die ihn politisch angreifbar machen könnten. Und für den Geheimdienstapparat ist es allemal besser, wenn ihm nicht alle paar Jahre von jemand anderem ins Handwerk gepfuscht wird. Man kann sich den bürgerlichen Staatsapparat in diesem Sinne als sorgsam abgestimmtes Maschinenwerk vorstellen, in dem jedes Bauteil genau seine Aufgabe erledigt.

13 Wie die Strategie des Kapitals zur Strategie der Regierung wird, kann man sich am Beispiel der Agenda 2010 vor Augen führen, deren Grundlagen zunächst in der größten Denkfabrik („Think Tank“) der deutschen Bourgeoisie, der Bertelsmann-Stiftung, erarbeitet und veröffentlicht worden sind und die dann von der SPD-Grünen-Regierung Anfang der 2000er Jahre praktisch umgesetzt wurde. Das deutsche Kapital ist nicht nur direkt personell mit der Politik verbunden, sondern unterhält eben auch eine ganze Reihe von solchen Denkfabriken und ein ganzes Heer von Lobbyisten.

14 Deutsche Kommunistische Partei, eine reformistische Partei, die 1968 als Ergebnis eines politischen Deals zwischen der BRD-Regierung und der sowjetischen Führung unter Breschnew gegründet wurde.

15 In der Praxis kann es sich so verhalten, dass linke Politiker je nach Radikalität an Stellen eingebunden werden, wo sie keinen Schaden anrichten. Wenn es dem Kapital dann doch zu viel wird, kann man sie politisch vernichten (siehe den kürzlichen Fall des Berliner Stadtentwicklungs-Staatssekretärs Andrej Holm). Und für heißere Phasen des Klassenkampfs gibt es noch die

Damit sollte sich auch die Frage von selbst beantworten, ob sich die Dinge grundlegend ändern, wenn man „mehr Demokratie“ einführt und die Bevölkerung wie in der Schweiz über einzelne Fragen per Referendum abstimmen lässt – insbesondere, wenn die ideologische Hoheit über die Massen ohnehin eine rechte bis faschistische ist.

Dieser sehr wichtige Fakt – die Kontinuität in der Regierungspolitik, die das bürgerliche politische System aufrecht erhält – wird durch die Wahlen jedoch gerade verdeckt: Wenn die CDU die Regierung führt, muss die SPD mit der Ankündigung zur Wahl antreten, entscheidende Dinge in der Politik verändern zu wollen – denn warum sollte man sie sonst wählen?

Dies gilt umso mehr in Zeiten verschärfter politischer Auseinandersetzungen, wenn die Widersprüche der Klassengesellschaft sich zuspitzen: Wenn weite Teile der Bevölkerung das Vertrauen in die politischen Vertreter verloren haben und alternative Kräfte wie die Linkspartei oder ein Bernie Sanders bei den US-Demokraten – oder aber ein Donald Trump, eine Marine Le Pen oder eine AfD sich darum bewerben, das politische System umzukrempeln. Wenn sie gewählt werden, regieren sie den Staat der Monopole und setzen deren Strategie an der Spitze eines alteingesessenen Apparates in politisches Handeln um. Gleichzeitig müssen sie aber den Eindruck erwecken, die Revolution wäre jetzt ausgebrochen und alles würde sich mit ihnen ändern.

Aus der Funktion des bürgerlichen Staates folgt für die Frage des Parlamentarismus also andererseits: Der Staat muss nach außen hin mitunter maximale Flexibilität zeigen und seine Form sehr stark abändern und anpassen – und zwar ohne dabei den Inhalt anzutasten!

Lenin hat in „Staat und Revolution“ sehr genau beschrieben, wie dies in der Praxis funktioniert: Wie der bürgerliche Staat gerade in revolutionären Situationen handelt, wenn seine Existenz und die des Kapitalismus als Ganzes auf dem Spiel steht. Einerseits integriert er seine vermeintlich oder tatsächlich entschiedensten Gegner, die Führer des politischen Widerstands durch maximale Anpassung seiner Form, z.B. durch Übergang vom Zarismus zur Republik (und damit wiederum bestimmte Teile gesellschaftlicher Klassen!). Andererseits stärkt und festigt er gerade im Zuge dieser Formanpassung den inneren Kern seines Apparates :

„Durch alle bürgerlichen Revolutionen hindurch, die Europa seit dem Verfall des Feudalismus in großer

faschistischen Werwölfe mit den Todeslisten – siehe den „Bund deutscher Jugend“-Skandal Anfang der 1950er Jahre in der BRD – dokumentiert in: Ganser, „NATO-Geheimarmeen in Europa“, orell füssli Verlag, S. 301 ff.

Anzahl erlebt hat, zieht sich die Entwicklung, Vervollkommnung und Festigung dieses Beamten- und Militärapparats. Insbesondere wird gerade das Kleinbürgertum auf die Seite der Großbourgeoisie hinübergezogen und ihr weitgehend unterworfen vermittelt dieses Apparats, der den oberen Schichten der Bauernschaft, der kleinen Handwerker, Händler u.a. verhältnismäßig bequeme, ruhige und ehrenvolle Pöstchen verschafft, die deren Inhaber über das Volk erheben. Man betrachte, was in Russland während des halben Jahres nach dem 27. Februar 1917 vor sich gegangen ist: Beamtenstellen, die früher vorzugsweise den Schwarzhundertern zufielen, sind zum Beuteobjekt der Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre geworden. An irgendwelche ernste Reformen dachte man im Grunde genommen nicht, man war bemüht, sie „bis zur Konstituierenden Versammlung“ hinauszuschieben – die Einberufung der Konstituierenden Versammlung aber so sachte bis zum Kriegsende zu verschleppen! Mit der Teilung der Beute, mit der Besetzung der Posten der Minister, der Vizeminister, der Generalgouverneure usw. usf. zögerte man dagegen nicht und wartete man auf keine Konstituierende Versammlung! Das Spiel mit den verschiedenen Kombinationen bei der Bildung der Regierungen war im Grunde lediglich der Ausdruck dieser Teilung und Neuverteilung der ‚Beute‘, die sowohl oben als auch unten, im ganzen Lande, in der ganzen zentralen und lokalen Verwaltung vor sich geht. Das Ergebnis, das objektive Ergebnis des halben Jahres vom 27. Februar bis zum 27. August 1917 steht fest: Die Reformen sind zurückgestellt, die Verteilung der Beamtenpöstchen hat stattgefunden, und die ‚Fehler‘ in der Verteilung wurden durch einige Neuverteilungen wiedergutmacht. Doch je mehr im Beamtenapparat ‚Neuverteilungen‘ der Posten unter die verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (unter die Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki, wenn man das russische Beispiel nimmt) stattfinden, um so klarer wird den unterdrückten Klassen und dem Proletariat an ihrer Spitze ihre unversöhnliche Feindschaft gegenüber der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. Hieraus ergibt sich für alle bürgerlichen Parteien, selbst für die demokratischsten und darunter für die ‚revolutionär-demokratischen‘, die Notwendigkeit, die Repressalien gegen das revolutionäre Proletariat zu verschärfen, den Repressionsapparat, d.h. diese selbe Staatsmaschinerie zu verstärken. Dieser Gang der Ereignisse zwingt die Revolution, „alle ihre Kräfte der Zerstörung zu konzentrieren“ gegen die Staatsgewalt, zwingt sie, sich nicht die Verbesserung der Staatsmaschinerie, sondern ihre Zerstörung, ihre Vernichtung zur Aufgabe zu machen.“¹⁶

WELCHE PRINZIPIELLE HALTUNG MÜSSEN WIR GEGENÜBER WAHLEN EINNEHMEN?

Mit diesem Verständnis von den Funktionen des bürgerlichen Staates und seiner parlamentarischen Form ergibt sich für den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus-Leninismus, eine sehr klare grundlegende Haltung gegenüber den Wahlen: Unsere Aufklärungsarbeit muss ins Zentrum stellen, die Illusionen zu zerstören, die der bürgerliche Staat von sich selbst erzeugt und in die Massen trägt. Das Parlament ist keine Volksvertretung. Der Kapitalismus ist nicht reformierbar. Der bürgerliche Staat ist nicht reformierbar. Das Wahlspektakel ist ein Schauspiel, das davon ablenkt, dass die kapitalistischen Monopole es in Wahrheit sind, die die politische Strategie festlegen und die Regierung agiert in deren Auftrag.

Für den Zweck der Befreiung der ArbeiterInnenklasse ist der bürgerliche Staat nicht zu gebrauchen. Der Sozialismus kann nicht über das Parlament erkämpft werden. Die Idee, alle paar Jahre Stellvertreter zu bestimmen, die die eigenen Interessen im Parlament vertreten, soll die Massen gerade lähmen, von eigener Aktivität abhalten – und tut dies auch. Auch Elemente einer „partizipativen Demokratie“, Volksabstimmungen usw. ändern nichts am Wesen des Staates, solange sich die Machtzentren in den Händen der Monopole befinden. Will die ArbeiterInnenklasse die kapitalistische Ausbeutung vernichten, muss sie auch den bürgerlichen Staat mit all seinen Institutionen, diesen „Beamten- und Militärapparat“ vernichten und durch ihren eigenen Staat ersetzen.

Vor einigen Jahren prägte die MLPD den Slogan „Neue Politiker braucht das Land“. Leute wie Bernie Sanders versuchen genau den Eindruck zu erwecken, sie wären „neue Politiker“, also anders als die etablierte Berufspolitikerkaste in Berlin oder Washington.

Wir müssen aber klarstellen, dass aus den Bundes-



Neue Politiker braucht das Land?
(Plakat der Ebert-Regierung)

16 "Staat und Revolution", S. 420 f.

tagswahlen auch mit „neuen Politikern“ keine fortschrittlichen Entwicklungen für die ArbeiterInnenklasse hervorgehen werden. „Neue Politiker“ werden vielmehr vom bürgerlichen Staat absorbiert und für seine Zwecke – gegen die ArbeiterInnenklasse – eingespannt, wie es schon allein die Erfahrung der fast hundert Jahre Klassenkampf in Deutschland seit der gescheiterten Novemberrevolution 1918 / 19 lehrt (die, um es noch einmal in Erinnerung zu rufen, unter der ersten sozialdemokratischen Regierung niedergeschlagen wurde).

Auf der Grundlage dieser prinzipiellen Haltung ist die Frage, ob Kommunisten bei Wahlen antreten oder nicht, von taktischer Natur. Ist eine Beteiligung an den Wahlen – ob als reine Kampagne oder mit dem realistischen Ziel der Eroberung von Mandaten im Parlament – dazu geeignet, die Aktivität der unterdrückten Massen weiterzuentwickeln und dem revolutionären Ziel näherzukommen? Das ist hierbei die alles entscheidende Frage! Denn sobald dieses Ziel aus dem Blick gerät, ist die Integration durch den bürgerlichen Staat gelungen. Letzteres, und das muss betont werden, ist in der Geschichte leider eher die Regel als die Ausnahme gewesen!

Die Geschichte der kommunistischen Bewegung enthält zahlreiche Taktiken, die gegenüber Wahlen und Funktionen in bürgerlichen Staaten zur Anwendung gekommen sind. Diese reichen von der Nutzung von Parlamentssitzen zur Entlarvung des parlamentarischen Systems bis zur Übernahme von Ministerposten in Regierungen mit dem alleinigen Ziel, diese zu nutzen, um die Bevölkerung für den Aufstand zu bewaffnen¹⁷.

Welche Taktik in der heutigen Phase des Klassenkampfes die richtige ist, kann man durchaus kontrovers diskutieren. Auf einige Aspekte in diesem Zusammenhang werden wir weiter unten eingehen. Davon unberührt bleibt jedoch die Notwendigkeit, den Parlamentarismus in Agitation und Propaganda gegenüber den Massen zu entlarven.

2. WELCHE HALTUNG IST DER STANDARD IN DER LINKEN?

Die prinzipielle Haltung des wissenschaftlichen Sozialismus zum Parlamentarismus muss umso mehr betont werden, da diese Position – mit ganz wenigen Ausnahmen, zu denen wir weiter unten kommen werden – heute von keiner Kraft innerhalb der politischen Widerstandsbewegung in Deutschland vertreten, geschweige denn praktiziert wird.

17 Diese Taktik wurde von der KPD 1923 in Sachsen und Thüringen angewandt, jedoch ohne Erfolg.

Stattdessen ist es der Standard, der sozialdemokratischen Tradition des Stellvertreterdenkens und des parlamentarischen Kampfes um Reformen verhaftet zu bleiben¹⁸. Das zeigt bereits ein sehr flüchtiger Blick auf die größten Kräfte, die sich „kommunistisch“ oder „marxistisch-leninistisch“ nennen.

INTERNATIONALISTISCHE LISTE / MLPD

Ein Ausdruck des Festhaltens an sozialdemokratischer Tradition ist die Wahlkampagne der Internationalistischen Liste / MLPD¹⁹, welche jedwede prinzipielle Kritik am Parlamentarismus völlig ausblendet.

Eine Kampagne, die in ihrem Wahlmanifest zwar das kapitalistische System, die Regierung und ihre Politik anprangert und feststellt, dass die Regierung *„durch den Bundestag, die Landtage und lokalen Parlamente und die in ihnen mehrheitlich vertretenen bürgerlichen Parteien von CSU bis zu den Grünen vorbehaltlos unterstützt“* wird; die feststellt, man könne *„nicht gegen die gesellschaftlichen Missstände in Deutschland kämpfen, wenn wir nicht die Regierung und die Macht der internationalen Großkonzerne und Großbanken herausfordern und ins Visier nehmen“*; die erklärt, der *„Kampf um konkrete Verbesserungen“* sei *„richtig und wichtig, aber ändert nichts am System. Deshalb sind revolutionäre Veränderungen nötig.“*; die eine ganze Reihe richtiger oder zumindest diskutierenswerter politischer Losungen aufstellt und die positiv Bezug auf den Sozialismus nimmt²⁰. Dennoch macht die Kampagne und das Wahlmanifest einen Bogen um den entscheidenden inhaltlichen Punkt, wenn sie nicht klipp und klar die Rolle und Funktionsweise des bürgerlichen Staates und des parlamentarischen Systems entlarvt! Denn genau hier besteht die Verwirrung in den Massen, auf die nur wir Kommunisten die richtige Antwort geben können.

Wer diesen Opportunismus der Bequemlichkeit, den parlamentarischen Stellvertretergedanken nicht schonungslos angreift, nährt ihn aber. Genau dessen macht sich die MLPD-Kampagne schuldig, wenn sie den Eindruck erweckt, eine Stimme für sie sei eine Stimme für die genannten Forderungen.

Eine solche Herangehensweise ist vom Standpunkt der Revolution in Deutschland unbedingt zu kritisieren.²¹

18 Diese Tradition war in den westeuropäischen Ländern selbst in Zeiten heftiger revolutionärer Kämpfe in den kommunistischen Parteien sehr hartnäckig und Gegenstand sehr wichtiger Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Internationale – vgl. die Materialsammlung *„Die Bolschewisierung der KPD“*, Verlag Rote Fahne 1970

19 vgl. Material auf www.internationalistische-liste.de, isbs. Wahlmanifest

20 ebd.

21 Konsequenterweise führt die MLPD ihre Politik der *„Entschärfung“* bei der Änderung in einer prinzipiellen Frage

Schlimmer noch: Wir sind der Meinung, ein solches Wahlmanifest geht in Zeiten von Donald Trump und AfD, von Bernie Sanders und Martin Schulz sogar hinter die Stimmungslage in wichtigen Teilen der Massen zurück – was wir weiter unten genauer darlegen wollen.²²

DKP

Die DKP ist von ihrer Strategie und Struktur her vollständig auf den parlamentarischen Kampf um Reformen ausgelegt.

Strategisch kämpft sie für eine „antimonopolistische Demokratie“ bei der es darum geht „durch antimonopolistische Umwälzungen den Weg zum Sozialismus zu öffnen“. *„Voraussetzung dafür ist, dass der antimonopolistische Block über so viel außerparlamentarische Kraft und parlamentarischen Einfluss verfügt, dass er eine die gemeinsamen Interessen vertretende Regierung bilden kann. Gestützt auf starke außerparlamentarische Bewegungen, die Organisationen der Arbeiterbewegung und den Aufbau einer neuen demokratischen Macht können tief greifende politische und ökonomische Umgestaltungen eingeleitet werden, in deren Ergebnis die Macht des Monopolkapitals gebrochen wird.“*²³

Durch sie soll dann *„ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräfte erreicht werden, das es ermöglicht, die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern und den für die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner günstigsten Weg zum Sozialismus durchzusetzen.“*²⁴

Voraussetzung der sozialistische Umwälzung ist für die DKP also die Regierungsübernahme, wel-

in ihrem neuen Parteiprogramm fort. So hieß es in ihrem Parteiprogramm von 2014 zur Frage der Revolution zumindest auf dem Papier noch: „Die Arbeiterklasse wünscht, dass sich die Revolution ohne Gewaltanwendung durchsetzen würde. Doch die Frage der Gewalt stellt sich unabhängig vom Willen des Proletariats. Wenn die Kämpfe einen revolutionären Aufschwung nehmen, werden die Monopole nach allen geschichtlichen Erfahrungen versuchen, ihre Macht mit brutaler Gewalt aufrechtzuerhalten. Deshalb muss sich die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei zum bewaffneten Aufstand erheben“. In ihrem 2016 veränderten Parteiprogramm wurde dann das unscheinbare aber bedeutende Wort „gegebenfalls“ hinzugefügt. So heißt es jetzt „(...) Deshalb muss sich die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei gegebenenfalls zum bewaffneten Aufstand erheben.“ Wird die Bourgeoisie „gegenenfalls“ doch keine Gewalt anwenden? Wird die Revolution nur „gegebenfalls“ blutig werden? Kann man „gegebenfalls“ vielleicht doch übers Parlament zum Sozialismus kommen? Die MLPD gesellt sich damit in ihrer Haltung zur revolutionären Gewalt mehr und mehr zur DKP.

22 Ob man des weiteren nur von einem Rechtsruck der Regierung und gleichzeitig von einem linkstrend unter den Massen sprechen kann werden wir im Artikel über „Political Engineering und Rechtsentwicklung“ (Seite 32) untersuchen.

23 <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/dokumente/parteiprogramm/>

24 Ebd..

che dann die Macht (!) des deutschen Monopolkapitals brechen und an der Anwendung von Gewalt hindern könne. Das nennt man Reformismus. Auch wenn sie pro forma die Möglichkeit erwähnt, dass die Bourgeoisie (nicht etwa die Kommunisten) einen Bürgerkrieg entfacht, so zeigt sich doch, dass sie den grundlegenden Charakter des Staates nicht verstanden haben. Der Staatsapparat zeichnet sich eben nicht dadurch aus, Instrument zur Gesellschaftsveränderung zu sein, sondern durch seine Funktion die Herrschaft des Monopolkapitals zu sichern, was im wesentlichen durch ein riesiges Heer von Beamten und Militärs geschieht. Dieser Staat wird deshalb diejenigen die sich seiner bedienen wollen entweder integrieren oder im entscheidenden Moment unschädlich machen. Die einzige Möglichkeit dies zu verhindern bietet eine revolutionäre Kampfpartei.

Der Parlamentarismus der DKP zeigt sich – abgeleitet aus ihrer Strategie – eben auch konsequent in ihrem Aufbau. Sie ist als offene, legale, offizielle Partei strukturiert. Strukturen, die dem Staat gefährlich werden können, sind so unmöglich zu schaffen. Jeder kann Mitglied werden und Mitglied bleiben. Eine revolutionäre Bürgerkriegsorganisation (denn nichts anderes ist die Kommunistische Partei) zu schaffen, ist so selbstverständlich ebenfalls nicht möglich.

Auf exakt derselben Linie liegen die Wahlerklärungen der DKP zu ihren Antritt zur Bundestagswahl 2017.

Egal ob man sich das „Kurzwahlprogramm“²⁵, ihre Pressemitteilung zum Wahlantritt²⁶, den Antrag auf dem 21. Parteitag²⁷ oder das Referat vom Parteivor-sitzenden Patrik Köbele²⁸ anschaut. Die Kernaussage ist dort: Gebt uns Eure Stimme und wir kämpfen für fortschrittliche Politik - von Kritik am Parlamentarismus oder Revolution kein Wort.

Wir fragen die Aktivisten der DKP: Wie wollt Ihr die Aktivität in den Massen für den revolutionären Sturz des Kapitalismus wecken und entwickeln, wenn Ihr sie dazu erzieht, den Kampf an andere zu delegieren? Wenn Ihr die Botschaft aussendet: Der Kampf geschieht über das Parlament?

INTERVENTIONISTISCHE LINKE

Weiten wir den Blick auf andere Teile der politischen Widerstandsbewegung aus, sieht die Lage nicht unbedingt besser aus. Der Interventionistischen Linken muss man immerhin noch zugute hal-

25 <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/01/1-frieden-2-arbeit-3-solidaritaet/>

26 <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/09/bundestagswahl-2017-dkp-kandidiert/>

27 <http://www.dkp-online.de/Parteitage/21pt/antraege/btw2017.pdf>

28 <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/09/wahlen-und-die-dkp-kandidatur-zur-bundestagswahl-2017/>

ten, dass sie offen zugibt, keinerlei Klarheit in der Frage ihres Verhältnisses zur bürgerlichen Demokratie zu haben. Wenigstens wird diese im Vorwort ihres „Readers“ zur Strategiekonferenz 2016 ausdrücklich aufgeworfen: „Wie halten wirs eigentlich – mit der ‚Demokratiefrage‘: Gesetz immerhin, dass sie von nahezu allen sozialen und politischen Kämpfen seit 1989 als ihre erste und wichtigste Frage gefragt wurde und wird? Was ist uns Postdemokratie, was ‚democracia real ya‘, und was hat das mit welchem Sozialismus, welchem Kommunismus zu tun? Mit dem Verhältnis von Partei und Bewegung, Institution und Ereignis?“²⁹

Zu allen Vorstellungen von einer „Postdemokratie“, auf die hier Bezug genommen wird, einer „partizipativen Demokratie“ oder ähnlichen Konzepten ist zu sagen, dass hier der Dreh- und Angelpunkt in der Staatsfrage wegphilosophiert wird: Das ist die Machtfrage. „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“ lautet ein bekanntes Zitat Mao Tse-Tungs. Alle Elemente einer Volksbeteiligung, ob direkt oder über den Umweg eines Parlaments, sind am Ende des Tages bedeutungslos im Vergleich zu der Frage, in der Hand welcher Klasse sich die politischen Institutionen des Landes, und hier vor allem der Gewaltapparat (Polizei, Militär, Geheimdienste) befinden. Eine Revolution der ArbeiterInnenklasse bedeutet, dass diese der Kapitalistenklasse ihre Gewaltmittel wegnimmt und sich diese selbst aneignet, sich einen eigenen Staatsapparat schafft, der der Niederhaltung der alten Ausbeuterklassen und dem Aufbau des Sozialismus dient.

Wer etwas anderes sagt und über Konstrukte wie eine „Postdemokratie“ spricht, ignoriert diese einfache Tatsache.

Wozu führt das am Ende? Wenn man garnicht klar hat, was man eigentlich will, ist es nur konsequent, sich einfach an eine andere Kraft dranzuhängen, die das durchaus klar hat: Im ersten Diskussionsbeitrag desselben Readers wird dann auch vorsichtig für die kritische Unterstützung einer rot-rot-grünen Bundesregierung plädiert.

Was bei der Strategiekonferenz zu dieser Frage am Ende herausgekommen ist, wissen wir leider nicht. Wir laden die GenossInnen jedoch dazu ein, diese Fragen mit uns zu diskutieren.

REALISTISCHE POLITIK?

Es ist jedoch berechtigt, zu fragen, ob die IL mit ihrer Vorsicht in der Positionierung denn überhaupt so falsch liegt. Ist alles oben von uns Gesagte denn nicht bloß sektiererisches Geschwafel? Ist ja schön,

wenn man Lenin zitiert und Prinzipien hochhält – aber bringt uns das irgendeinen praktischen Schritt weiter? Geht es nicht tatsächlich darum, reale Fortschritte zu erkämpfen? Und ist das im Parlament nicht doch möglich? Mal ehrlich: Es gibt heute keine KPD in Deutschland. Die revolutionäre Bewegung ist schwach, zersplittert und von den Massen meilenweit entfernt. Macht es also nicht für den realen Klassenkampf Sinn, breite linke Bündnisse zu bilden, auch wenn man dafür mit Reformisten zusammenarbeiten muss? Um wenigstens ein paar Schritte weiterzukommen? Sollte man sich nicht ein Beispiel nehmen an Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien oder HDP in der Türkei und Kurdistan? Und würde nicht am Ende ein Einfluss der radikalen Linken auf eine reformistische rot-rot-grüne Bundesregierung eben doch den handfesten Unterschied machen, ob der Mindestlohn um ein oder um zwei Euro erhöht wird? Ob Bundeswehr-Soldaten entsendet werden oder nicht? Könnte man nicht Druck auf eine solche Regierung ausüben?

Zu diesen und ähnlichen Positionen ist Folgendes zu sagen:

Zunächst kann das Argument, dass es keine KP in Deutschland gibt, wohl kaum für die Schlussfolgerung herhalten, dass die Führung der politischen Kämpfe bürgerlichen und reformistischen Kräften überlassen werden muss. Vielmehr folgt daraus schlicht und einfach die Aufgabe aller kommunistischen Kräfte, eben am Aufbau der KP entschlossen mitzuwirken. Nicht mehr und nicht weniger. Leider scheint die eigenartige Argumentation „Wir haben keine KP, also machen wir alles mögliche andere, anstatt sie aufzubauen“ in Mode zu sein.

Was Plädoyers für „breite linke Wahlbündnisse“ angeht, muss man etwas genauer hinschauen:

Die genannten Beispiele aus anderen Ländern – Syriza, Podemos, HDP – weisen bei all ihrer Unterschiedlichkeit ein gemeinsames Merkmal auf: Sie



Proteste in Griechenland

²⁹ www.interventionistische-linke.org/beitrag/reader-zur-strategiekonferenz-der-interventionistischen-linken-april-2016

sind nämlich politische Bewegungen, die im Zusammenhang mit bedeutenden Erhebungen von Teilen der Massen in den jeweiligen Ländern entstanden sind. Ohne auf die Politik dieser Bewegungen im einzelnen einzugehen, muss man doch feststellen, dass dies ein ganz erheblicher Unterschied zur politischen Situation in Deutschland ist, wo es etwas Vergleichbares nicht gibt – wenn man etwas wie Pegida, das unter faschistischer Führung steht, einmal ausklammert. Hier gibt es vor allem parlamentarische Parteien wie die SPD, die Grünen und die Linkspartei, die die Massen dazu erziehen, ihre politische Aktivität auf das Einwerfen von Zetteln zu beschränken³⁰: „Wir sind Eure Vertreter, wir machen das für Euch.“³¹ Und es gibt die Internationalistische Liste / MLPD und die DKP, die objektiv dasselbe, nur mit etwas linkeren Positionen machen.

Aus dem Fehlen von Bewegungen der Massen, die mehr als nur vereinzelt und sporadisch sind, leitet sich die Aufgabe an die revolutionären Kräfte ab, sich gerade mit den Massen zu verbinden, in den Massen zu arbeiten, die revolutionären Inhalte in die Massen zu tragen, sie dazu zu ermuntern, für ihre Interessen selbst aktiv zu werden und sich zu organisieren. Das kann aber doch nicht auf der Grundlage dessen geschehen, dass man Illusionen über das Wesen des Staates schürt, die vorhandenen Illusionen nicht angreift; oder dass man das Wesen unserer Inhalte, nämlich das revolutionäre Ziel, zugunsten einer vermeintlichen Bündnisfähigkeit preisgibt! (Leider ist aber auch diese Position erschreckend verbreitet.)

Wer heute jedoch mit Verweis auf politische Kräfte in anderen Ländern, die von Massenbewegungen getragen sind, dafür argumentiert, Wahlkampf für die Linkspartei oder ein anderes reformistisches Stellvertreterprojekt zu machen, vergleicht nicht nur Äpfel mit Birnen, sondern hilft gerade bei der Verhinderung von Massenaktivität mit! Das muss sich jedeR RevolutionärIn klar machen, die meint, man könnte bei der Massenarbeit die Abkürzung über das „breite linke Bündnis“ machen und dabei seine Inhalte über Bord werfen, anstatt sich der mühevolleren Aufgabe zu stellen, gerade mit revolutionären Inhalten Massenarbeit zu betreiben.

Die genannten Argumente sind also schlicht und ergreifend Argumente der Hilflosigkeit, des Rück-



Personenkult um Superstar und EU-Bürokrat
Martin Schulz

zugs und der Kapitulation.

Womit wir zum letzten Punkt „Rot-rot-grün ist immer noch das kleinere Übel und kann zu fortschrittlicher Politik genötigt werden“ kommen: Wir denken, dass jeder ernsthafte Blick auf die Funktionsweise des Staates und die Rolle des Reformismus sowie alle Erfahrungen zeigen, wie naiv diese Annahme ist.

Ohne allzu sehr auf die konkreten Erfahrungen mit sozialdemokratischen Regierungen – vom Niedermetzeln der Novemberrevolution bis zur Agenda 2010 – einzugehen, möchten wir darauf hinweisen, dass es die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation sind, die jede reformistische Partei in Regierungsverantwortung früher oder später dazu zwingen, nach rechts zu rücken: Die ökonomischen Spielräume, die Massen an Extra-profiten teilhaben zu lassen, werden im Zuge der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus immer beschränkter. Als Folge davon, dass sie sich politisch und ideologisch ans bürgerliche System gekettet haben, führt diese Entwicklung dazu, dass reformistische Regierungen in der Krise entweder an ihrer eigenen Widersprüchlichkeit zugrunde gehen oder die Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse für das Kapital selbst organisieren³². In der Regel findet eine Mischung aus beidem statt: Es kommt zu Spaltungen in rechte und linke Flügel usw.³³ Ideologisch nähert sich im Zuge dieser Entwicklung selbst der linke Flügel des Reformismus häufig in bemerkenswerter Weise an die Positionen des Faschismus an, z.B. in Gestalt der Gegenüberstellung von „schaffendem“ (Industrie-) und „raffendem“ (Bank-)

30 Wenn man von gelegentlichen Mobilisierungen der engagierteren Teile der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Gefolgschaft zu Warnstreiks oder Anti-TTIP-Märschen zur Stärkung der eigenen Verhandlungsposition mit den USA einmal absieht.

31 Man denke nur allein daran, wie hart und letztlich erfolgreich die Grünen und die SPD in Baden-Württemberg daran gearbeitet haben, die Massen, die sich gegen „Stuttgart 21“ erhoben hatten, wieder in ihre Häuser zu bekommen!

32 Hier dreht sich das Argument von der „Druckempfindlichkeit“ linker Regierungen übrigens häufig gerade um und es wird weniger demonstriert, wenn die „eigene“ Partei die „harten, aber notwendigen“ Maßnahmen beschlossen hat.

33 Eine detaillierte Einschätzung hierzu haben wir in der Broschüre „Die Krise des Imperialismus und der ‚Europäische Frühling‘“, S. 60 ff. vorgenommen.

3. IST DER PARLAMENTARISMUS HEUTE IN DEN MASSES DISKREDITIERT?

Wir haben uns im vorhergehenden Abschnitt dieses Artikels mit den linken Kräften beschäftigt, die bzgl. des Parlamentarismus für die sozialdemokratische Tradition stehen.

Eine andere Haltung nehmen nur einige wenige Kräfte in Deutschland ein. Darunter solche, die sich auf den Maoismus beziehen. Sie sprechen davon, dass auf dem heutigen Entwicklungsstand des Imperialismus bei allen Formen von bürgerlichen Abstimmungen nur noch der aktive Wahlboykott eine berechtigte Position sei. Für sie wird die Frage der Beteiligung am bürgerlichen Parlament von einer taktischen zu einer strategischen, sogar prinzipiellen Frage.

Besonders prägnant hatte die „Sozialistische Linke – SoL“³⁵ in ihrer Erklärung „Geht nicht wählen, sondern kämpft und wehrt Euch!“ vor den Bundestagswahlen 2013 ihre Kampagne für einen aktiven Wahlboykott begründet. Auch wenn der Text schon älter ist, sind diese Positionen immer wieder an verschiedenen Stellen aufgetaucht und hier prägnant zusammengefasst, weshalb wir uns mit ihm auseinandersetzen.

Man muss nicht alle Thesen dieser Erklärung teilen und ihren Stil nicht unbedingt mögen – doch im Kern stellt sie genau das heraus, was herauszustellen ist: *„Die revolutionäre Gewalt ist ein allgemeingültiges marxistisches Prinzip. Sie ist unbedingt notwendig, um die Macht zu erobern. Die Teilnahme an den bürgerlichen Wahlen hingegen war für die Kommunisten stets nur ein taktisches Mittel, um unter bestimmten Umständen, bestimmte Teile des Proletariats und der Massen zu erreichen.“*³⁶

Dieser Grad an Klarheit in der Frage der Ablehnung des bürgerlichen Staates und des parlamentarischen Systems unterscheidet die SoL-Erklärung von wahrscheinlich tausenden Aufrufen und Artikeln im Stile des MLPD-Wahlmanifests, die in den letzten Jahrzehnten aus den Reihen der parlamentaristisch und sozialdemokratisch beeinflussten politischen Widerstandsbewegung in Deutschland (bis hin zur KPD/ML) verfasst worden sind.

Es wird die Aufgabe an die Revolutionäre formuliert, *„die ablehnende Haltung der breitesten und tiefsten Massen gegenüber dem imperialistischen Sys-*

³⁵ Eine revolutionäre Gruppe, die damals begann, sich an einer speziellen Strömung innerhalb des Maoismus, der Linie von Gonzalo, des inhaltlichen Führers des peruanischen „Sendero Luminoso“, zu orientieren.

³⁶ „Erklärung von SoL zur Wahlboykottkampagne“, zu finden unter: <http://trend.infopartisan.net/trd0813/t290813.html>



Foto: dpa

Sahra Wagenknecht
Linke-Fraktionschefin

„Die Ereignisse der letzten Tage zeigen, dass die Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern mit erheblichen Problemen verbunden und schwieriger ist, als Merkels leichtfertiges ‚Wir schaffen das‘ uns im letzten Herbst einreden wollte.“



Kapital oder der Unterstützung des russischen Imperialismus. Wir sehen das heute bei Sahra Wagenknecht, die lange Jahre das „linke Aushängeschild“ der PDS / Linkspartei war, heute „soziale Marktwirtschaft“ nach Ludwig Erhard vertritt und bei der Hetze gegen Flüchtlinge der AfD den Rang abläuft.

Die Annahme, dass Rot-rot-grün ein kleineres Übel im Vergleich zur CDU oder gar ein Bollwerk gegen die AfD wäre, ist aus unserer Sicht der zielsichere Weg in die Enttäuschung.

„Parteienforscher versuchen bis heute herauszufinden, warum es in Deutschland Wähler gibt, die immer noch auf das traditionelle linke Halbjahr der SPD hereingefallen. Hier scheinen ähnliche psychologische Prozesse abzulaufen wie bei einer vom Partner misshandelten Person ... der Wähler redet sich vor jeder Wahl ein, dass die reumütige SPD es dieses Mal ernst meint und ihr Verhalten wirklich zugunsten der Schwächeren in unserer Gesellschaft ändert.“ - so schreibt es ein bekanntes Satireportal³⁴.

Gerade weil wir die politische Gesamtlage so einschätzen, dass nicht nur die Parteien im Parlament, sondern auch Teile der Massen und der politischen Widerstandsbewegung in den letzten Jahren deutlich nach rechts gerückt sind, gibt es aus unserer Sicht keinerlei Grund, anzunehmen, dass ausgerechnet eine rot-rot-grüne Regierung mit Martin Schulz und Sahra Wagenknecht diesem Trend entgegenarbeiten würde. Dazu muss man ihnen nur einmal zuhören! Vielmehr würden wir damit rechnen, dass eine solche Regierung die Faschisierung des Staates erheblich vorantreibt und damit Zuarbeit für die AfD leistet.

³⁴ www.der-postillon.com/2017/02/traditionelles-linkes-halbjahr.html

tem, die in der Verweigerung wählen zu gehen zum Ausdruck kommt“, zu entwickeln. Darum sei der Parlamentarismus als Kampfform heute abzulehnen, denn er „hebt heute nicht, sondern senkt das Klassenbewusstsein, er stärkt heute nicht den revolutionären Geist, sondern schwächt ihn und er steigert heute nicht die Siegesfähigkeit, sondern er führt unausweichlich in den Niedergang. Kurz: Der Parlamentarismus ist heute als Kampfform des Proletariats historisch überholt.“³⁷

So weit, so richtig – wenn wir über den Parlamentarismus als Strategie sprechen. Diese Erkenntnis ist gerade einer der Wesenszüge des Leninismus³⁸. Im Folgenden finden wir dann die entscheidende Lageeinschätzung, die zur Schlussfolgerung einer kategorischen Ablehnung jedweder parlamentarischer Kampfformen als Taktiken im heutigen Klassenkampf führt und die wir im Folgenden diskutieren wollen – nämlich die Einschätzung, der Parlamentarismus sei in den Massen diskreditiert: „Wir sehen ganz deutlich, dass unter den breiten Massen keine Illusionen mehr darüber bestehen, dass die Arbeiterklasse durch das bürgerliche Parlament die Macht übernehmen könne. Aber es gibt durchaus Gründe, warum sich trotzdem Teile unserer Klasse und der Massen an den Wahlen beteiligen. Zum einen geht es um Hoffnungen auf ganz konkrete Verbesserungen der Befriedigung von ökonomischen Bedürfnissen. Zum anderen ist die Arbeiteraristokratie auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen und teilt somit die Interessen der herrschenden Klasse. Diese Interessen vermittelt sie den Massen als deren Interessen. Außerdem besteht, begründet auf dem Verrat der Revisionisten, der Restauration des Kapitalismus und den faschistischen Diktaturen in den ehemals sozialistischen Ländern, das bürgerliche Vorurteil, dass es sich bei der bürgerlichen Demokratie um die höchstmögliche Form der Demokratie handle. Dies führt dazu, dass sich ein Teil der Klasse dafür entscheidet das „kleinere Übel“ zu wählen.“³⁹

Wir diskutieren diese Frage, weil sie die Einschätzung der Stimmungen und Positionen in den Massen insgesamt berührt und ihre Bedeutung weit über die Frage hinausreicht, wie wir uns heute taktisch zur Wahl positionieren.

Ist der Parlamentarismus, das politische System also heute in den unterdrückten, proletarischen Massen diskreditiert?

Wir sagen: Ja und nein. Man muss hier differenzieren.

Warum ja?

SoL führt in der Erklärung einige Statistiken zur

rückgängigen Wahlbeteiligung in den proletarischen Stadtvierteln an. Sicherlich kann man eine solche Untersuchung heute wiederholen und wird – auch trotz Mobilisierung von NichtwählerInnen durch die AfD – an vielen Stellen für Deutschland zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

Die Frage stellt sich aber noch ganz anders: Ist denn die Tatsache, dass die bürgerlichen Politiker und Parteien die arbeitenden Massen belügen und betrügen, nur Politik für die Reichen machen und sich selbst die Taschen vollstopfen, in den westlichen Ländern nicht schon lange eine Selbstverständlichkeit, die kaum jemand – außer ein paar verbohrten Idealisten – ernsthaft in Frage stellen würde?

Leben wir nicht heute in einer Zeit, in der diese Selbstverständlichkeit schon Teil der Popkultur ist; in der z.B. die beliebte Netflix-Serie “House of Cards” das korrupte machtpolitische Treiben in Washington mit hochkarätiger Besetzung unzensiert und völlig schonungslos darstellt?

Leben wir nicht heute in einer Zeit, in der in Europa und den USA ein erfolgreicher Wahlkampf im Grunde nur noch „gegen das politische System“ gemacht werden kann?

Nehmen wir Syriza.

Nehmen wir den Brexit und Donald Trump.

Nehmen wir Frankreich – über das wir im Handelsblatt⁴⁰ vom 31. Januar lesen können: „Bei der kommenden französischen Präsidentschaftswahl sind nur noch Systemveränderer am Werk: Von ganz links bis ganz rechts werben die Kandidaten mit ihrer Absicht, ‚das System‘ überwinden zu wollen. Sogar der Konservative Francois Fillon, mit fast 40 Jahren Ochsentour in den politischen Institutionen des Landes nicht unbedingt ein Außenseiter, bezeichnet seine Kritiker als Kräfte ‚des Systems, das gegen mich zurückschlägt.‘“



Macron - der neue Revolutionsführer

37 ebd.

38 Vgl. dazu z.B. Stalin, “Über die Grundlagen des Leninismus”, Abschnitt über “Strategie und Taktik”.

39 ebd.

40 Das Handelsblatt ist eine führende Wirtschaftszeitung in Deutschland

Sicherlich muss man zu Deutschland einschränkend sagen, dass die CDU vor vier Jahren noch einen erfolgreichen Wahlkampf geführt hat, indem sie Merkel als Person in den Vordergrund gestellt hat. Hier war der Hintergedanke, den Wahlkampf zu entpolitisieren und die WählerInnen der gegnerischen Parteien dazu zu bringen, bei der Wahl zu Hause zu bleiben. Trotzdem: Das wird dieses Jahr auch hierzulande so nicht mehr funktionieren.

Warum also nein? Warum ist das politische System nicht diskreditiert?

Nicht nur, weil es tatsächlich doch noch gesellschaftlich engagierte, in der Regel unter dem Einfluss der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie stehende Teile der ArbeiterInnenklasse gibt, die keineswegs unter die Aussage von SoL fallen: „Sagten wir diesen Menschen lediglich, dass Wahlen nichts ändern, dann brächten wir sie nicht einen einzigen Millimeter vorwärts. Wir würden ihnen nur das sagen, was sie sowieso längst wissen.“⁴¹ Es gibt sogar solche, die zum Beispiel die Internationalistische Liste/MLPD in ihrer Wahlkampagne direkt anspricht, wenn sie zutreffend feststellt: „Hunderttausende engagieren sich ehrenamtlich oder selbstlos in ihren Städten und Gemeinden für die verschiedensten Belange – im Sport, im Umweltschutz oder auch in den Gewerkschaften und Sozialverbänden, decken Missstände auf und prangern sie an.“⁴²

Dass es solche Teile in der ArbeiterInnenklasse und im Kleinbürgertum noch gibt, hat z.B. Merkels „Willkommenskultur“-Kampagne im Jahr 2015 deutlich gezeigt, ebenso die vorhergegangenen großen Mobilisierungen der „anständigen Bürger“ durch DGB und Sozialdemokraten gegen die Pegida-Ableger in westdeutschen Städten.

Es gibt eben nicht nur die vollständig prekarierten Teile der ArbeiterInnenklasse, die LeiharbeiterInnen und Hartz-IV-EmpfängerInnen, die Vorstadtjugendlichen ohne Perspektive, sondern auch die Stammebelegschaften in der Industrie, die Pflegekräfte im Krankenhaus, die Supermarktkassiererinnen, usw. Unter ihnen finden wir tatsächlich diejenigen, auf die die Internationalistische Liste / MLPD sich bezieht und erst recht die Linkspartei und die SPD. Es handelt sich um die sozialdemokratisch beeinflussten Teile der Massen. Diese – und seien es die relativ gut gestellten Autobauer bei Porsche – einfach als Arbeiteraristokratie abzutun, die ohnehin auf der „anderen Seite der Barrikade“ stünde, würden wir für einen schweren politischen Fehler halten, denn es würde bedeuten, sie unserem Feind zu

überlassen.

Hier wird deutlich, dass erhebliche Spaltungslinien in den Massen verlaufen, an denen wir in unserer Arbeit ansetzen müssen – ja die wir überhaupt erst einmal systematisch untersuchen müssen: Wir haben in Deutschland z.B. eine erhebliche ökonomische, politische und kulturelle Spaltung der ArbeiterInnenklasse in Ost und West. Wir haben hier die eher kleinbürgerlich geprägten ArbeiterInnen und Angestellten, die politisch aktiv und gewerkschaftlich engagiert sind. Andererseits die abgehängten Jugendlichen im Vorstadtghetto, die in die Kleinkriminalität abdriften oder die prekarierten und verbitterten Rentner. Die einen demonstrieren vor allem in westdeutschen Großstädten mit DGB-Trillerpfeife gegen die AfD, die anderen sitzen wütend zu Hause und wählen letztere. Oder sie bleiben nicht zu Hause, sondern gehen gleich zu Pegida.

Eine solche differenzierte Betrachtung der Massen zeigt, dass Teile von ihnen tatsächlich politisch schon weiter sind als die Wahlmanifeste und Erklärungen von MLPD und DKP. Nicht in Form einer konsequent durchdachten und fein ausgearbeiteten politischen Position vielleicht, sondern instinktiv und widersprüchlich – aber der Hass gegen das System ist da. Hier hat SoL recht!

Eine solche differenzierte Betrachtung der Massen schließt es aber auch aus, pauschal zu sagen, der Parlamentarismus sei in der Klasse diskreditiert.

Darüber hinaus meinen wir aber noch etwas ganz anderes, wenn wir sagen, das parlamentarische System ist noch lange nicht am Ende – und zwar selbst wenn die Mehrheit nicht mehr daran glaubt. Und hier kommt gerade die oben von Lenin beschriebene Flexibilität des bürgerlichen Staates zum Tragen.

Diese wird gerade anhand der obigen Beispiele sehr offensichtlich, die man nämlich auch umdrehen kann: Wenn wir sehen, dass bürgerliche Parteien offenbar auch dann noch gewählt werden, wenn sie Wahlkampf gegen das eigene System machen – so wie etwa die US-Republikaner mit dem Milliardär Trump an der Spitze. Die proletarischen Teile seiner Anhängerschaft finden ihn offenbar auch jetzt noch Spitze, nachdem er das Regierungskabinett mit den reichsten Mitgliedern in der US-Geschichte zusammengestellt und seine Allianz mit der Wall Street besiegelt hat. Einige Show-Einlagen, z.B. in der Personalpolitik und die ersten politischen Dekrete kommen in Teilen der Massen sehr gut an: „Endlich setzt es mal richtig Arschritte.“, sagen Trump-Anhänger aus West-Virginia.⁴³

Der Punkt ist: Eine instinktive, unterschwellig Ab-

41 ebd.

42 Wahlmanifest der Internationalen Liste/MLPD

43 Spiegel Online v. 02.02.

lehnung des politischen Systems - ja selbst die rationale Erkenntnis, dass das politische System den Massen vor allem Nachteile bringt und nicht einmal der Hass auf das System - führt notwendigerweise zum Aufstand. Solange der Parlamentarismus der



Wütende Trumpwähler

Tat, die Gewöhnung ans Stellvertreterdenken noch anhält, solange ich mein Kreuzchen bequemer bei Trump oder der AfD machen und mir einreden kann, ich hätte es „denen da oben“ jetzt mal richtig gezeigt!

Wie es die Bourgeoisie heute versteht, mit diesem „Parlamentarismus der Tat“ zu arbeiten, ist der Gegenstand eines gesonderten Artikels in dieser Zeitung zum sogenannten „political engineering“.

Präzise zusammengefasst: Solange die Bourgeoisie es noch versteht, die richtigen Knöpfe bei der Bevölkerung zu drücken⁴⁴, um den gewohnten Gang der Dinge (wählen gehen und abwarten, was passiert) aufrechtzuerhalten; solange es keine revolutionäre Kraft gibt, die es schafft, ihr dabei die Initiative und vor allem die Führung der Massen aus der Hand zu nehmen – solange ist der Parlamentarismus noch lange nicht besiegt.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE WAHLEN 2017

Wir haben in diesem Artikel die prinzipielle Haltung des wissenschaftlichen Kommunismus zum Parlamentarismus dargelegt.

Wir haben anhand einiger Beispiele aufgezeigt, dass die Standardposition linker Kräfte in Deutschland zum Parlamentarismus eine andere ist, sofern überhaupt eine Haltung in dieser Frage vertreten wird.

Wir haben begründet, warum jede Wahlkampagne, welche die Entlarvung des Parlamentarismus nicht ins Zentrum stellt, unter den heutigen Bedin-

gungen letztlich ein Dienst für die Kapitalistenklasse ist.

Wir haben untersucht, in welcher Hinsicht und warum der Parlamentarismus heute in Deutschland und anderen westlichen Ländern nicht „am Ende“ ist.

Wir haben dargelegt, wieso heute das Stellvertreterdenken, der „Parlamentarismus der Tat“ das größte Hindernis zur Entwicklung von Massenkämpfen darstellt.

Auf der Grundlage dieser Positionen steht aus unserer Sicht für die kommunistischen Kräfte in Deutschland in diesem Jahr die Aufgabe an, die politische Aufmerksamkeit in der Bevölkerung vor den Bundestagswahlen dazu zu nutzen, unsere Propaganda gegen das bürgerliche System und für den Kommunismus verstärkt in die Massen zu tragen. Hauptstoßrichtung muss es dabei sein, den Parlamentarismus und das Stellvertreterdenken zu entlarven und die Massen dazu zu mobilisieren, selbst aktiv zu werden: Sich selbst zu organisieren und zu bilden und Widerstand gegen das System zu leisten.

Wir halten es für notwendig, anhand konkreter Beispiele über die Funktionsweise des parlamentarischen Systems aufzuklären. Dabei ist es notwendig, gleichzeitig die faschistische Demagogie anzugreifen, die sich das politische Versagen der reformistischen Linken gegenüber der bürgerlichen Demokratie zunutze macht und es geschafft hat, mit Slogans wie „Lügenpresse“ und „Meinungsdiktatur“ Stimmungen in den Massen aufzugreifen und zu punkten. Wir müssen aufzeigen, dass der Faschismus das selbe imperialistische System repräsentiert wie die bürgerliche Demokratie, dass er auf die Probleme der Massen keine Antworten liefert. Die Antwort kann nur darin liegen, dass die ArbeiterInnenklasse selbst die Macht ergreift und sich ihren eigenen Staat schafft.

Die Mobilisierung für den aktiven Wahlboykott – das heißt, das ungültig Machen des Wahlzettels – kann, unserer Meinung nach, eine geeignete Form für diese Propaganda sein. Wir müssen aber klarstellen, dass der Wahlboykott nicht das Entscheidende ist. Das Entscheidende ist, dass die Massen selbst politisch aktiv werden und sich organisieren.

Zusammengefasst geht es darum, die folgenden vier Aussagen breit zu popularisieren:

1. Dieser Staat ist nicht unser Staat
2. Der Faschismus bietet keine Perspektive
3. Der Reformismus bietet keine Perspektive
4. Die Perspektive ist die sozialistische Revolution

⁴⁴ Dazu mehr im nächsten Artikel in dieser Ausgabe.



DIE JUGEND IM KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS

WARUM WIR EINE KOMMUNISTISCHE JUGENDORGANISATION BRAUCHEN

Als jugendlicher Genosse des Kommunistischen Aufbaus habe ich die Aufgabe übernommen, in dieser Ausgabe einige Gedanken zur Rolle der Jugend im Kampf für den Sozialismus und den Parteaufbau mit euch zu teilen.

1. DIE JUGEND IM KAPITALISMUS UND IHRE BESONDEREN EIGENSCHAFTEN

Die Kindheit und die Jugend sind im Kapitalismus die Phasen, in denen ein Mensch für seine Rolle in der Gesellschaft vorbereitet wird. Wie diese Vorbereitung aussieht hängt von der Rolle ab, die der Mensch später einnehmen soll, also von seiner Klasse.

Die Kinder der Bourgeoisie werden oft getrennt von den Jugendlichen aus anderen gesellschaftlichen Klassen aufgezogen: In Internaten, durch Privatlehrer oder auf Eliteschulen. Ihnen stehen später die besten Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung, die der Kapitalismus zu bieten hat. Oft genug werden sie von ihren Eltern mehr oder weniger gezwungen, sich mit einem BWL-Studium auf die Übernahme des Familieneigentums vorzubereiten. Aber das ist kein Artikel, der Mitleid mit den Kindern der Bourgeoisie wecken soll. Ihre Jugend ist eben eine Jugend, in der

sie zu Ausbeutern und Unterdrückern herangezogen werden.

Die Kinder aus den kleinbürgerlichen Zwischenschichten, zum Beispiel Kinder von Beamten, hohen Akademikern, Juristen, Ärzten aber auch von Bauern oder selbstständigen Handwerkern, werden oft ebenfalls ganz direkt darauf vorbereitet, das Berufsleben ihrer Eltern fortzuführen oder wenigstens darauf, ebenfalls eine berufliche Laufbahn als Teil der wohlhabenderen Zwischenschichten einzuschlagen. Sie sollen die Kanzlei der Eltern, ihre Praxis, ihren Hof oder ihren Handwerksbetrieb übernehmen. Ihre Jugend sieht dem entsprechend aus. Kinder von wohlhabenden Eltern genießen von früher Kindheit an Vorteile. Sie werden daran gewöhnt, zu diskutieren, eine eigene Meinung zu äußern, diese zu vertreten und andere durch den einen oder anderen rhetorischen Kniff davon zu überzeugen. Zwar steht ihnen vielleicht nicht aller Luxus des Kapitalismus offen, aber zumindest werden ihnen die Fähigkeiten vermittelt, die notwendig sind, um im Kapitalismus Karriere zu machen und selbst wieder einen gewissen Wohlstand zu erreichen. Wo es nicht ausreicht, in einem angeblich „kultivierten“ Elternhaus zu leben, helfen Nachhilfe, Musikunterricht und Vereinsmitgliedschaften.

Natürlich gilt das Gesagte so nicht einfach für alle Kinder dieser Schichten. Wir dürfen nicht vergessen, dass es zwar immer mehr Akademiker gibt, aber sich die unteren Teile der Akademiker in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen eben auch dem Proletariat angleichen oder selbstständige Bauern immer noch und immer heftiger ums Überleben kämpfen müssen.

Die Kinder der ArbeiterInnenklasse schließlich werden für die Lohnarbeit vorbereitet. Ihnen stehen viele der Annehmlichkeiten der anderen gesellschaftlichen Schichten nicht zur Verfügung. Was für andere selbstverständlich ist, bleibt für sie entweder eine seltene Ausnahme oder ein Traum. So werden sie von Anfang an an ein Leben gewöhnt, in dem sie trotz Arbeit arm sind. Die Tatsache, dass Schüler an Hauptschulen Hartz-IV-Anträge auszufüllen lernen, hat vor einiger Zeit für viel Aufregung und Empörung in der bürgerlichen Presse gesorgt.¹ Aber es macht sehr deutlich, was mit Vorbereitung auf die Rolle im Kapitalismus gemeint ist.

So sieht der Lebensweg der Masse aus. Das widerspricht aber nicht dem, dass einzelne Jugendliche die gesellschaftliche Klasse, in die sie geboren wurden, hinter sich lassen und Teil einer anderen Klasse werden. Staatlich finanzierte Stipendienprogramme und Bafög haben dazu beigetragen, dass diese Möglichkeiten ausgeweitet wurden.

Egal zu welcher Klasse oder Schicht die Menschen gehören: In ihrer Jugend werden sie solange zurecht „erzogen“ und gebogen, bis sie in diese Gesellschaft passen, bis sie ihre verlogene Moral akzeptieren und natürlich die notwendigen Kenntnisse erworben haben, um später ausgebeutet zu werden. Seit Jahrhunderten ist es so, dass diese Phase im Leben eines Menschen oft dazu führt, dass sie sich auflehnen und Widerstand leisten. Widerstand gegen die Erwartungen ihrer Eltern, ihrer Lehrer oder der Gesellschaft ganz allgemein. Bis heute hat sich daran nichts geändert.

Wahrscheinlich ist das der wichtigste Grund dafür dass Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, auf dem Jugendkongress der Roten Garde im August 1975 die Jugend wie folgt beschrieb:

„Ganz allgemein zeichnet sich die Jugend durch eine ganz besondere, außergewöhnliche Empfänglichkeit aus. Für die Jugend aller Zeiten und Generationen ist kennzeichnend, daß sie sich Träumen und verschiedenen Phantasien hingibt. Das ist kein Nachteil, sondern etwas positiv Wertvolles. Kein einziger aktiver und gesund denkender Mensch kann ohne Phantasie auskom-

men. Aber bei der Jugend ist diese Neigung meist viel stärker entwickelt als bei älteren Leuten. Besonders bei jungen Menschen im Alter von 13 bis 18 Jahren eilen diese Träume stets der Wirklichkeit voraus.

Die Jugend hat stets den Wunsch, sich selbst aufzuopfern, große Taten zu vollbringen, ein sagenhafter Pionier, ein Held zu werden, die ganze Welt zu durchstreifen, Pilot zu werden oder, noch besser, mit einem Raumschiff ins Weltall zu fliegen.

*Eine Besonderheit der Jugend besteht in einem gewaltigen inneren Streben nach idealen Erlebnissen.*² Hier finden wir schon eine erste sehr schöne Zusammenfassung über die besonderen Eigenschaften der Jugend im revolutionären Kampf. Aber wenn wir uns die Realität, in der wir leben, ansehen, stellen wir sehr leicht fest, dass nicht alle Jugendlichen so sind. Wahrscheinlich denkt und fühlt noch nicht mal die Mehrheit der Jugendlichen in einem solchen revolutionären Sinne. Warum ist das so?

Die Kapitalisten als herrschende Klasse haben ihre Erfahrungen mit der Jugend gemacht. Sie wissen, dass die Jugend zwar nicht alleine ihre Herrschaft stürzen kann; aber auch, dass es in der Geschichte immer wieder die Jugend war, die den Klassenkampf entfacht hat.

Das natürliche Streben der Jugendlichen danach, sich abzugrenzen, von ihren Eltern und von den Generationen vor ihr, wird deshalb sehr geschickt vom System in solche Bahnen gelenkt, dass sie der Herrschaft der Kapitalisten nicht wirklich gefährlich werden.



Die neue schöne Welt des Imperialismus

2 Die Jugend wird den Kampf entscheiden. Reden auf dem Jugendkongreß der ROTEN GARDE am 30. und 31. August 1975. Verlag Roter Morgen, 1. Auflage, März 1977

1 www.welt.de/politik/deutschland/article6347164/Wo-Kinder-fuer-ein-Leben-mit-wenig-Geld-lernen.html

Eine erste Variante ist das bekannte „Streng dich an und lern fleißig, dann wirst du später was!“. Das ist nicht nur etwas, was uns Jugendlichen in der Schule erzählt wird, sondern auch von unseren Eltern kriegen wir zu hören „Pass auf in der Schule, damit es dir mal besser geht als mir“. Es spricht nichts dagegen, in der Schule aufzupassen und zu lernen. Aber was hinter diesen Aussagen steckt, ist die Behauptung, jeder könnte es im Kapitalismus zu etwas bringen, wenn er oder sie sich nur genug anstrengt. Es ist wie eine ständige Erinnerung an die theoretische Möglichkeit, dem eigenen Elend zu entkommen und in eine höhere Klasse aufzusteigen. Dass diese theoretische Möglichkeit nur für eine verschwindend geringe Minderheit zur Wirklichkeit wird, kümmert ja nicht weiter.

Eine zweite Variante ist, was wir in vielen Raptexten zu hören bekommen. Die Künstler beschreiben ihre tatsächliche oder fiktive Kindheit. Sie erzählen, dass nie genug Geld da war und ihre Eltern ohne Ende geschuftet haben. Kurz gesagt: Sie beschreiben die kapitalistische Realität. Nur: Der Ausweg ist oft Kriminalität.³ Und auch, wenn sie verboten ist: Die organisierte Kriminalität vom Drogen- und Menschenhandel bis zur Korruption ist ein notwendiger Bestandteil des Kapitalismus. Sie bietet uns Jugendlichen die Perspektive auf ein Leben voller Abenteuer und Reichtum, aber kein bisschen eine Perspektive darauf, grundsätzlich etwas zu verändern.

Natürlich gibt es noch weitere Formen, wie der Kapitalismus versucht, die typischen Eigenschaften der Jugend zum Schlechtesten zu wenden oder wenigstens abzustumpfen. Dazu gehören Religion, die Illusion von Freiheit durch Drogen, Selbstverwirklichung durch ehrenamtliches Engagement in bürgerlichen Vereinen usw. usf.

Fast alle diese Methoden, um uns Jugendliche beherrschbar zu machen, haben gemeinsam, dass sie an unseren Egoismus appellieren und uns dazu bringen sollen, dass wir individuell nach Auswegen aus dem kapitalistischen Elend suchen.

2. DIE JUGEND ALS TEIL DER POLITISCHEN WIDERSTANDSBEWEGUNG IN DER BRD

Jede einzelne revolutionäre Bewegung und sogar die meisten großen Massenbewegungen in der deutschen Geschichte wurden maßgeblich von Jugendlichen getragen. Die Bourgeoisie weiß das. Sie kennt

das Potential der Jugendmassen. Wir können uns deswegen sicher sein, dass sie sich über den momentanen Zustand der Jugendbewegung freut und alles, was sie kann, dafür tut, dass es so bleibt wie es ist.

Natürlich kommt es vor, dass die oben genannten Methoden der Bourgeoisie, um die Jugend zu integrieren nicht ausreichen. Es kann vorkommen, dass der Freiheitsdrang der Jugend zu groß ist und Jugendliche sich politisieren und anfangen, in irgendeiner Form gegen den Kapitalismus oder einzelne seiner Symptome Widerstand zu leisten. Das passiert sogar häufiger, als wir denken. Wenn Jugendliche diesen Schritt gehen und Teil der politischen Widerstandsbewegung (PWB) werden, ist oft eine kleine Aktivistengruppe die erste Organisationsform, die sie wählen. Eine Antifagruppe, eine Tierrechtsgruppe, eine Umweltschutzorganisation, eine Menschenrechtsorganisation, die Schülervertretung/Schülermitverwaltung oder eine Studierendenorganisation. Es sind gar nicht so wenige Jugendliche, die sich sogar als Revolutionäre oder Antikapitalisten verstehen und sich in irgendeiner Organisation mit sozialistischem oder anarchistischem Anspruch organisieren.

Neben den Jugendverbänden der beiden großen Parteien DKP und MLPD, die allerdings beide wohl kaum eine Revolution in Deutschland organisieren werden, sind Gruppen und Organisationen vorherrschend, die in einer oder höchstens zwei Städten existieren. Die PWB ist in Deutschland sehr zersplittert und die über hundert Jahre alte Charakterisierung von Lenin für das Zirkelwesen passt in vielerlei Hinsicht wie die Faust aufs Auge: *„Und die neuen Streiter zogen mit erstaunlich primitiver Ausrüstung und Ausbildung ins Feld. In vielen Fällen hatten sie sogar fast gar keine Ausrüstung und nicht die geringste Ausbildung. Sie zogen in den Krieg wie richtige Bauern, nur mit einem Knüppel bewaffnet. Ein Studentenzirkel knüpft Beziehungen zu Arbeitern an und beginnt zu arbeiten, ohne jede Verbindung mit den alten Funktionären der Bewegung, ohne jede Verbindung mit Zirkeln an anderen Orten oder auch nur in anderen Stadtteilen (oder in anderen Lehranstalten), ohne jede Organisation der einzelnen Zweige der revolutionären Arbeit, ohne jeden systematischen Plan für eine Tätigkeit auf längere Zeit.“*⁴ Umso schlimmer, dass viele Organisationen geradezu eine Theorie daraus machen, dass der Zeitpunkt sich in einer kommunistischen Organisation zusammenzuschließen einfach noch nicht gekommen sei, dass man zuerst auf lokaler Ebene Erfahrungen und Kräfte sammeln müsse.⁵

3 Zum Beispiel: „Man ist nicht Gangster als Schulschwänzer// Denn es geht im Endeffekt darum, dass du gut Geld machst// Wir haben keine andere Wahl, also werden Hände schmutzig// Wir gehen nicht zur Wahl, die Politiker sind lustig (Nate 57 – Waffenfreie Zone)“

4 „Was Tun?“ LW 5, S. 456f.

5 Als Beispiel zitiere ich hier aus dem Selbstverständnis des Roten Aufbau Hamburg: „Erst wenn unsere Gruppe eine relevante Arbeit in Hamburg entwickelt hat, kann man sich über eine

Die Geschichte der PWB in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren zeigt sehr deutlich, dass Zirkel auf einer lokalen Ebene aufzubauen weder die Bewegung noch den einzelnen Zirkel weiter bringt. Sehr viele dieser Gruppierungen folgen selbst dem Lebenszyklus der Jugendlichen, die sie aufgebaut haben. Das heißt: In unserer jugendlichen Sturm-und-Drang Phase vernachlässigen wir Schule, Ausbildung oder Studium und stürzen uns kopfüber in die politische Arbeit. Wir sammeln und sammeln AktivistInnen um uns herum, schulen uns politisch. Aber nur allzu oft, kommt der Punkt, an dem wir denken, dass wir jetzt zu alt seien für Demonstrationen und Antifa-Aktionen, wir stellen auch fest, dass wir uns vielleicht doch mal um einen Job kümmern sollten, besser gut als schlecht bezahlt, wir verlieben uns unsterblich und planen eine Familie oder zerstreiten uns mit unseren langjährigen PartnerInnen, die blöderweise zusammen mit uns den Führungskern unserer Gruppe gestellt haben. Jeder, der sich ein wenig mit der PWB in Deutschland auskennt, weiß, dass Gruppen, die aus diesen Gründen zerfallen, absolut kein Einzelfall sind. Der Grund ist, dass es keine Organisation gab, die ihnen Stabilität verliehen hätte, sondern es letztlich Einzelpersonen waren, die sie zusammen gehalten haben und ihre Führung ausgemacht haben.



Die G8-Proteste 2007 haben viele rote Gruppen hervorgebracht - dadurch entsteht die Partei aber nicht spontan

Über das Zirkelwesen - das große Grundproblem unserer Lage - hinaus sehen wir aber auch, dass genau die gerade erwähnten bürgerlichen Einflüsse, die auf alle Jugendliche im Kapitalismus einwirken, in anderer Form auch unter uns politischen Jugendlichen wieder auftauchen. Kein Wunder, denn das

bundesweite Vernetzung mit anderen revolutionären Gruppen zusammen setzen, welche zum Ziel hat, eine bundesweite Organisation zu gründen, die statt eines Papiertigers ein Totengräber dieser Gesellschaft sein kann“

Sein bestimmt bekanntlich das Bewusstsein und von der bürgerlichen Ideologie sind wir geradezu umzingelt.

Viele junge Menschen, die mit ehrlichen Absichten den Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen, entwickeln sich zu schillernden Führungspersönlichkeiten. Sie machen zwar nicht tatsächlich Karriere – außer sie nehmen eines der zahlreichen Integrationsangebote des bürgerlichen Systems an – aber sie haben zumindest das angeblich „erhebende“ Gefühl, es zu etwas gebracht zu haben, wenn auch nur „unter Linken“.

Natürlich gibt es daneben noch jugendliche AktivistInnen, die tatsächlich Karriere machen, zum Beispiel über die Linksjugend (Jugendorganisation der Partei „Die Linke“) oder indem sie - so wie zahlreiche Mitglieder der SDAJ - direkt für freie Posten im gelben Gewerkschaftsapparat gewonnen werden.

Aber auch die in Teilen der Jugend verankerte Gangkultur lebt im Zirkelwesen wieder auf.⁶ Dieses Feld ist sehr vielseitig. Als kommunistische Jugendliche müssen wir uns die Frage stellen, ob es ausreicht, uns zu vermummen und scheinbar radikale Aktionen durchzuführen und zu filmen, die einen bestimmten Teil der Jugend anziehen, einen sehr großen anderen Teil der Jugend aber vermutlich nicht. Was verstehen wir unter kommunistischer Kultur? Eine Anpassung an das, was die Arbeiterjugend unserer Meinung nach gut und attraktiv findet? Ich denke, viel mehr spricht dafür, dass gerade in einem Land wie Deutschland kommunistische Kultur von uns als etwas neues entwickelt werden muss und zwar im Kampf gegen die verschiedenen vorherrschenden Formen bürgerlicher Kultur.

Mit Kultur meine ich hier nicht in erster Linie Musik oder Kleidung. Es ist eine Illusion, wenn wir glauben, dass zum Beispiel Hip-Hop der einzige Musikstil ist, der in der ArbeiterInnenjugend gehört wird und ankommt.

Als Jugendliche haben wir einen natürlichen Drang, für unsere Ideale zu kämpfen, aber in welche Richtung lenken wir diesen Kampf? Was erreichen wir, wenn wir Hipstern Angst machen, „unser Viertel“ zu betreten?⁷ Wahrscheinlich noch nicht mal, dass es wirklich „unser Viertel“ wird, weil viel mehr dazu notwendig ist. Wir sind Teil der kommunistischen Bewegung und diese befindet sich in einer Situation der Schwäche, aber wo führt es uns hin, wenn wir aus der Übermacht des Gegners die Konsequenz zie-

6 Die Maoisten der Klassenstandpunkt-Redaktion haben sich in einem lesenswerten Artikel bereits dazu geäußert. Klassenstandpunkt #10: Bildet Banden?

7 Zum Beispiel: <https://jugendwiderstand.blogspot.de/2016/11/massenflugblatt-neukollner-wehrt-euch.html>



hen, dass wir uns einen kleineren, schwächeren und für uns heute schon zu erreichenden Hauptfeind suchen, an dem wir uns abarbeiten können – wie zum Beispiel Troztkisten oder Antideutsche. Ich selbst als Autor dieses Artikels schäme mich, wenn ich daran zurück denke, wie viel Zeit ich damit verbracht habe, nicht nur öffentliche Vorträge von Zionisten durch Pfeifen und Parolen zu unterbrechen, sondern auch noch danach stundenlang Intervention um Intervention der Antideutschen zu lesen und darauf zu reagieren. Während wir uns damit beschäftigt haben, haben die Faschisten ihre Hausaufgaben gemacht und durch ihre Massennarbeit, PEGIDA und „Nein-zum-Heim“-Initiativen vorbereitet.

Neben der Analyse der Organisationen, in denen sich Jugendliche zusammenschließen, macht es Sinn, dass wir uns auch mit den Eigenschaften der spontanen Jugendmassenbewegungen beschäftigen. Die bekannteste in Deutschland dürfte wohl die 68er Bewegung sein, aus der ja tatsächlich viele GenossInnen der Kommunistischen Organisationen der 70er-Jahre hervorgegangen sind. Aber auch wenn wir uns die PWB heute ansehen, finden wir wohl viele jüngere GenossInnen und AktivistInnen, die durch die Schul- und Bildungstreikbewegung 2008 bis 2010 zur politischen Arbeit gefunden haben. Was zeigt uns das?

Es zeigt, dass sich die Potentiale der Jugend immer wieder in spontanen Massenbewegungen entfalten werden, aber auch, dass diese Massenbewegungen nicht von langer Dauer sind, sondern kommen und gehen. Oft sind Maßnahmen des bürgerlichen Staats der Auslöser, die Jugendliche tatsächlich betreffen (z.B. Einführung der Studiengebühren bei den Protesten 2008 bis 2010 oder die verstärkte Überwachung und Kommerzialisierung der Internetnutzung – Stop Watching Us! Proteste 2013). Als kommunistischen Jugendlichen, stellt sich uns die Aufgabe, in diesen Bewegungen mit dem Ziel zu arbeiten, den Menschen, deren politisches Bewusstsein dort erwacht, aufzuzeigen, dass die konsequenteste Form ihren Kampf fortzuführen, der Kampf für die sozialistische Revolution ist.

3. DIE ROLLE DER JUGEND IM PARTEIAUFBAU

Aus dem weiter oben geschilderten vorherrschenden Umständen im Zirkelwesen ergibt sich, dass für die revolutionären Jugendlichen eine Kommunistische Partei, die ihren Kämpfen und Organisationsformen Stabilität verleiht, ebenso wichtig ist wie für alle anderen Revolutionäre.

Andersherum ist es auch notwendig, dass die kommunistischen Jugendlichen sich dieser Aufgabe stellen. Es wäre total falsch zu meinen, dass der Parteaufbau eine Aufgabe für erfahrene, also ältere, GenossInnen ist. Die siegreiche Partei der Bolschewiki wurde von sehr jungen GenossInnen aufgebaut. Lenin nannte später GenossInnen wie Swerdlow⁸ den „ausgeprägtesten Typus eines Berufsrevolutionärs“⁹. Die Partei der Bolschewiki hatte sogar noch nicht mal eine eigene von der Partei getrennte Jugendorganisation bis zur Oktoberrevolution. Auch während des im letzten Jahr erfolgreich beendeten Einheitsprozess der tunesischen Marxisten-Leninisten spielte die Jugend eine vorwärtstreibende Rolle¹⁰. Uns wurde berichtet, dass an den kritischsten Punkten des Prozesses gerade die Jugend verhinderte, dass man sich über unprinzipielle Widersprüche in historischen Fragen wieder trennte. Dagegen sehen wir, dass es unseren heldenhaft kämpfenden und ihr Leben für den Kommunismus lassenden, marrokanischen GenossInnen bis heute nicht gelungen ist, eine Partei zu gründen. Aus unserer Sicht spricht viel dafür, dass das auch so ist, weil sich die in diesem Land traditionell sehr starke Studierendenbewegung den Grundsatz gegeben hat, dass sie sich einer Partei anschließen wird, sobald diese entstanden ist, aber bis dahin unabhängig bleibt.

8 Jakow Michailowitsch Swerdlow trat im Jahr 1901 im Alter von nur 16 Jahren in die SDAP(R) und leitete das bolschewistische ZK als Sekretär in der Zeit der Oktoberrevolution. Im März 1919 starb er als Vorsitzender des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees dem höchsten Staatsgremium der Sowjetunion.

9 Gedenkrede für J. M. Swerdlow, LW 29 S. 74-79

10 Kommunistische Einheit erkämpft! In Kommunismus Nr. 6, S. 41, www.komaufbau.org/tunesieneinheit/

4. DIE NOTWENDIGKEIT EINER KOMMUNISTISCHEN JUGENDORGANISATION

In den Jahren seit unserer Gründung haben wir als Kommunistischer Aufbau die Notwendigkeit des Parteaufbaus propagiert. So konnten wir auch viele GenossInnen überzeugen. Gerade bei vielen jüngeren GenossInnen haben wir aber immer wieder erlebt, dass sie davor zurückgeschreckt sind, sich der Aufgabe des Parteaufbaus innerhalb unserer Organisation zu stellen. Sie erklärten, dass sie sich diesen Ansprüchen nicht gewachsen sehen und einen Rahmen brauchen, um sich dort hin zu entwickeln. Dieses Problem ist nicht neu für die kommunistische Bewegung. Ganz allgemein löst eine kommunistische Organisation es, in dem sie sich Massenorganisationen schafft und neue GenossInnen zu gewinnen und zu entwickeln. Konkret auf der Ebene der Jugendlichen hat sich schon in der Kommunistischen Internationale die Position durchgesetzt, dass kommunistische Jugendverbände für eine kommunistische Partei grundsätzlich notwendig sind.¹¹ Diese Kommunistischen Jugendverbände sind ebenfalls Massenorganisationen der Kommunistischen Partei, aber eben solche Massenorganisationen, die sich ganz bewusst an die Partei anlehnen und weder eine andere Ideologie, noch eine andere politische Linie oder eine andere Strategie als die Partei verfolgen. In der Art und Weise, wie diese politische Linie mit Leben gefüllt wird, sind sie jedoch selbständig. Mit der Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Jugendinternationale als Teil davon wurden die Erfahrungen im Aufbau kommunistischer Jugendverbände international verallgemeinert und vereinheitlicht. Schon damals wurde dieser Grundsatz (ideologische und politische Abhängigkeit bei gleichzeitiger organisatorischer Selbständigkeit) formuliert: *„Dies geschah in der Form, dass die kommunistische Jugendorganisation das Programm der Kommunistischen Partei annahm und im Rahmen dieser politischen Positionen arbeitete. In diesen Fällen hatte die Jugend zur selben Zeit (1.) ihre eigene zentralisierte Organisation; (2.) entschied selbst wie sie ihre organisatorischen, agitatorischen, und propagandistischen Aktivitäten ausführten; (3.) entschied welchen Platz sie im politischen Kampf einnahm und die Formen ihrer Teilnahme; und (4.) diskutierte die wesentlichen politischen Fragen.“*¹²

Wenn wir verstehen wollen, warum sich dieses Verhältnis etabliert hat, müssen wir nach den Auf-



gaben einer Kommunistischen Jugendorganisation fragen. Fassen wir das in Stichpunkten zusammen:

- Die Verbindung zwischen der Partei und der Jugend, insbesondere der ArbeiterInnenjugend herstellen
- Jugendliche für den Kommunismus gewinnen und zu KommunistInnen ausbilden, sodass sie später als Kader Teil der Kommunistischen Partei werden
- Die Partei auf allen Ebenen zu erneuern
- Die Kommunistische Partei in ihrer gesamten Arbeit unterstützen

Schon Lenin hat 1916 vor der Gründung der Kommunistischen Internationale die beiden wesentlichen Argumente genannt, warum diese Ziele nur durch organisatorische Selbstständigkeit zu erreichen sind. Nämlich erstens, weil die Kommunistische Jugendorganisation die Aufgabe hat, die Jugend für den Sozialismus zu gewinnen und sie viel besser als KommunistInnen vorheriger Generationen verstehen kann, welche Formen der Arbeit dafür die geeignetsten sind. Zweitens, weil selbstständig zu werden und Selbstständigkeit zu erlernen nicht nur für jeden Menschen in seiner Jugend notwendig ist, sondern auch für jugendliche KommunistInnen.¹³

¹³ „Es kommt oft vor, dass Vertreter der Generation der Erwachsenen und Alten es nicht verstehen, in richtiger Weise an die Jugend heranzutreten, die sich zwangsläufig auf anderen Wegen dem Sozialismus nähert, nicht auf dem Wege, nicht in der Form, nicht in der Situation, wie ihre Väter. Das ist einer

¹¹ Thesen der Kommunistischen Jugendinternationale „Zur Heranbildung kommunistischer Kader der proletarischen Jugend“, 1920, angenommen vom EKKI im August 1920

¹² ebd.



Es ist wichtig, nochmal hervorzuheben, dass ideologische und politische Gebundenheit und organisatorische Selbstständigkeit eine Einheit bilden. Das eine kann nicht ohne das andere funktionieren. Ein Kern von jugendlichen Marxisten-Leninisten ist eine Voraussetzung dafür. Somit ist die Schaffung dieses Kerns die erste Herausforderung beim Aufbau einer solchen Jugendorganisation. Auch andere Parteien haben dieser Tatsache bei der Schaffung ihrer Jugendorganisationen Rechnung getragen, indem sie das erste zentrale Führungsgremium aus jugendlichen GenossInnen selbst zusammengesetzt haben.

In unserer heutigen Situation als kommunistische Bewegung ist eine Kommunistische Jugendorganisation eine Möglichkeit, sich am Parteaufbau zu beteiligen, indem man eine unverzichtbare Aufgabe übernimmt: Nämlich die Jugendmassen, insbesondere die Arbeiterjugend für den Kommunismus zu gewinnen und in ihnen den Wunsch zu wecken, ihr ganzes Leben der Befreiung der Menschheit zu widmen. Zugleich bedeutet sie aber, dass nicht gleich die

Verantwortung für alle Bereiche und Seiten des Parteaufbaus auf einmal auf den GenossInnen lastet, wie es bei GenossInnen in einer Parteaufbauorganisation nicht anders sein kann.

Die Erfahrungen der Kommunistischen Weltbewegung zeigen, dass es falsch wäre, schematisch anhand eines bestimmten Alters zwischen Parteiorganisation und Jugendorganisation zu trennen. Die Jugendorganisation darf auf keinen Fall so verstanden werden, dass sie GenossInnen fesseln und darauf beschränken soll, zunächst nur für einen Arbeitsbereich Verantwortung zu übernehmen. Es ist ihre wichtigste Funktion, KommunistInnen für die Partei bzw. den Parteaufbau zu gewinnen. Deswegen darf sie in dieser Hinsicht keine Grenze darstellen. Ohnehin ist es notwendig, damit eine Parteiorganisation eine Jugendorganisation führen und aufbauen kann, dass GenossInnen der Jugend Parteimitglieder werden.¹⁴ In den Statuten einer Kommunistischen Jugendorganisation ist in der Regel festgehalten, dass sie sich der Führung einer bestimmten Organisation unterstellt. Es ist auf die Dauer jedoch unmöglich, irgendeine Organisation nur über Gehorsam und proletarische Disziplin zusammen zu halten. Beides wird auch früher oder später bröckeln, wenn die Partei nicht immer und immer wieder und erfolgreich in ihren Diskussionen dafür kämpft, die Organisation zu vereinheitlichen. Gerade das macht ihre Führungsstärke aus. An diesen Diskussionen muss die kommunistische Jugendorganisation beteiligt sein.

Wir dürfen eine Jugendorganisation nicht als Gegensatz zur Parteiorganisation verstehen, sondern als Möglichkeit für die Parteiorganisation, sich die revolutionären Eigenschaften der Jugend mehr zu eigen zu machen und sie mehr zur Geltung zu bringen und zugleich die Jugend für die Partei zu gewinnen.

Es gibt zwischen Jugendlichen und älteren GenossInnen nicht ein Verhältnis von Unterdrückern und Unterdrückten wie es im Patriarchat zwischen Mann und Frau besteht. Deswegen geht es nicht darum, jung und alt streng voneinander zu trennen, sondern junge und ältere GenossInnen in einer Gesamtorganisation so zu organisieren, dass sie sich nicht gegenseitig in ihrer Entwicklung oder Arbeit hemmen, sondern gegenseitig stärken und voneinander lernen.

der Gründe, warum wir unbedingt, für die organisatorische Selbstständigkeit des Jugendverbandes eintreten, nicht nur deshalb, weil die Opportunisten diese Selbstständigkeit fürchten, sondern auch dem Wesen der Sache nach. Denn ohne vollständige Selbstständigkeit wird die Jugend nicht imstande sein, sich zu guten Sozialisten zu entwickeln und sich darauf vorzubereiten, den Sozialismus vorwärts zu führen.“, aus „Jugend-Internationale (Notiz)“ LW 23, S. 164

14 „Obwohl der KJV organisatorisch selbständig ist, besteht zwischen ihm und der KP die engste organisatorische Verbindung. Diese wird hergestellt durch die gegenseitige Vertretung auf allen Stufen der Organisation. Um die Führung des KJV durch die Partei zu sichern, ist das Bestehen eines genügenden Parteikerns im KJV notwendig.“ Auszüge aus dem Programm der Kommunistischen Jugendinternationale, 1928

DIE LAGE DER ARBEITERKLASSE IN SPANIEN

KRISE, PROTEST UND PERSPEKTIVEN

Europas Wirtschaft erholt sich. Solche und ähnliche Überschriften lesen wir in letzter Zeit wieder häufiger in den bürgerlichen Medien. Die Krise von 2007/2008, die sogar noch schwerer war als die Weltwirtschaftskrise 1929, sei vorbei. Oder zumindest will man uns das weismachen. Allerdings dauern die Folgen für die ArbeiterInnenklasse der EU-Staaten weiter an. Im folgenden Artikel wollen wir die Auswirkungen der Krise anhand des Beispiels der Lage der ArbeiterInnenklasse in Spanien sowie der aktuellen Klassenkämpfe und deren Perspektive, darstellen.

DIE KRISE UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE ARBEITERKLASSE

Die Überproduktionskrise von 2007/2008 begann mit dem Platzen der „Immobilienblase“. Wie in den USA wurden auch in Spanien massenweise Häuser gebaut und auf Kredit an Privatpersonen verkauft. Der Bausektor boomte, es wurden ganze Städte aus dem Boden gestampft. Viele Menschen kauften sich Immobilien, da die Zinsen auf Kredite sehr günstig waren. Die Kredite wurden wiederum weiterverkauft und zur Spekulation verwendet. Durch die Kredite wurde verschleiert, dass sich viele Menschen die Häuser gar nicht leisten konnten. So kam es erst verzögert zum großen Zusammenbruch der Finanzmärkte.

ArbeiterInnen, die sich eine Immobilie gekauft hatten, aber durch die Krise beispielsweise arbeitslos geworden waren, konnten die Kredite nicht weiter abbezahlen. Wer nicht zahlen konnte, musste seine Wohnung verlassen. Das betraf Hunderttausende.

Bei den spanischen Banken, die in diese Häuser investiert hatten, kam es daraufhin zu Kreditengen. Der spanische Staat half den kriselnden Sparkassen, indem er es unterstützte, wenn sie fusionierten. Diese Zusammenschlüsse und die Bankrotte von anderen Sparkassen führten zu Massenentlassungen im Bankensektor.

Spaniens Wirtschaft brach infolge der Krise zusammen. Der spanische Staat verschuldete sich hoch. 2012 trat Spanien in den EU „Rettungsschirm“

ein und beanspruchte bis 2014 „Hilfen“ in Höhe von ca. 40 Milliarden Euro. Infolgedessen musste sich Spanien den Spardiktaten der EZB beugen, die die Staatsanleihen aufgekauft hatte. Damit geriet der spanische Staat in völlige Abhängigkeit von der EU, die unter Führung des deutschen Finanzkapitals steht.¹Zu den folgenden Reformen und Sparmaßnahmen zählten u.a. die Anhebung der Mehrwertsteuer von 18 auf 21%, die Anhebung der Steuern auf Tabak und Kraftstoff und die Kürzungen der Leistungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Darüber hinaus führten die Sparmaßnahmen zu Privatisierungen insbesondere des Gesundheitssystems.

Neben den Sparmaßnahmen kam es zu Reformen des Arbeitsmarktes. Betriebsbedingte Kündigungen bei schlechten Umsätzen wurden erlaubt und die zu zahlenden Abfindungen wurden von 45 Tageslöhnen auf 33 pro Arbeitsjahr reduziert. Um der Jugend Arbeit zu geben, so lautete zumindest die offizielle Begründung, wurden Praktikumsverträge mit reduzierten Arbeitszeiten, geringerer Bezahlung und Sozialversicherungsbeiträgen geschaffen. Das Renteneintrittsalter wurde von 61 auf 65 Jahren erhöht, mit einer Mindestlebensarbeitszeit von 38 Jahren. Wenn man sich diese Reformen genauer ansieht, sind auch sie „made in Germany“. Nach Vorbild der Agenda 2010 wurde hier der Arbeitsmarkt im Sinne des Kapitals reformiert. Besonders die Einführung von geringfügigen Beschäftigungen und dem damit einhergehenden Wachstum des prekären Sektors, führt zur Erhöhung der Profitrate für die Kapitalistenklasse.

Erleichtert durch die Arbeitsmarktreform wurden während der Krise massenweise Menschen entlassen. Die Arbeitslosenzahl verdreifachte sich seit 2007 und erreichte 2013 mit 26,1%, bzw. 6 Millionen Arbeitslosen ihren Höchststand und Spanien damit den vorletzten Platz im Negativranking der EU-Staaten.²Die ArbeiterInnen, die entlassen wurden, sind der Verelendung ausgesetzt, können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen und leiden nicht selten Hunger. Denn Arbeitslosengeld bekommt in Spanien

1 Weitere Informationen siehe Broschüre „Die Krise des Imperialismus und der ‚europäische Frühling‘“ aus dem Verlag Leo Jogiches

2 ec.europa.eu/eurostat/

nur, wer bereits in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt hat und mindestens zwölf Monate gearbeitet hat. Seit August 2009 gibt es zwar für sechs Monate nach auslaufender Arbeitslosenhilfe ein Sozialgeld von 420€, welches aber wenn überhaupt für die Miete ausreicht, für Lebensmittel und Kleidung bleibt dann nichts übrig. Zum Vergleich: Die Lebensmittelpreise sind - seit sie in den letzten Jahren gestiegen sind - in Spanien ähnlich hoch wie in Deutschland.

Wer einmal arbeitslos ist, findet so schnell keinen neuen Arbeitsplatz. Besonders ältere Menschen haben dabei kaum eine Chance, aber genauso gehören Jugendliche und Frauen zu denjenigen, die bei der Suche nach neuer Arbeit im Nachteil sind. Wenn man einen Arbeitsplatz gefunden hat, heißt das nicht, dass man sich darauf verlassen kann, davon leben zu können. Die meisten Jobs sind befristet und schlecht bezahlt, wie z.B. die Arbeit in der Gastronomie. Der Mindestlohn beträgt lediglich 640€ pro Monat – bei einer 40 Stunden Woche.

Hier wird deutlich, dass die Kapitalistenklasse die Konkurrenz durch die hohe Arbeitslosigkeit ausnutzt, um die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse noch zu steigern. Seit Beginn der Krise sind laut Analysen der Gewerkschaften CCOO und UGT die Löhne im Durchschnitt um 25% gesunken. Die sowieso schon niedrigsten Einkommen sind dabei am meisten gesenkt worden.³ Heute lebt ein Fünftel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Die Lage der Jugend ist besonders verheerend. Immer mehr Jugendliche gehen zum Studium oder danach in andere EU-Länder. Von der Regierung wird das als positiv dargestellt. Die Jugendlichen werden als „Facharbeiter“ bezeichnet. Dabei machen sie im Ausland vor allem unqualifizierte Arbeiten. Der eigentliche Grund, warum so viele Jugendliche das Land verlassen, nämlich dass sie einfach keine Arbeit finden, wird verschwiegen. 2013 erreichte die Jugendarbeitslosigkeit einen Höchststand von 50%.

Jahrelang wurde proklamiert, dass die Jugendlichen studieren sollen, damit sie bessere Jobs bekommen. Aber selbst mit einem Abschluss finden sie heute keine Arbeit. Außerdem steigen die Gebühren für ein Studium. Pro Studienjahr sind das zwischen 500 und 900€. Hinzu kommen noch die Kosten für die Prüfungen. Viele StudentInnen müssen nebenbei arbeiten, um sich die Gebühren leisten zu können. Zudem wird die Privatisierung des Schulwesens vorangetrieben. Je nach Schule zahlt man 100 bis 400€ Schulgeld. Für die Materialien und Bücher muss natürlich auch selbst aufgekomen werden.

³ Zwischen 2007-2011 sanken die Löhne der 10% mit niedrigsten Einkommen jährlich um 13%. Siehe Junge Welt vom 25.06.15 „Gewinner der Krise“ und vom 28.10.15 „Boom – bei Billigjobs“

Die Jugend in Spanien hat keine Perspektive außer Arbeitslosigkeit, schlecht bezahlten Jobs, die für das Überleben nicht ausreichen oder Auswanderung. Für viele sieht die Zukunft so schwarz aus, dass sie keinen Ausweg aus ihrer Situation mehr sehen und sich das Leben nehmen. Selbstmord ist zur Zeit die häufigste Todesursache bei Jugendlichen in Spanien.

PROTESTBEWEGUNGEN UND WIDERSTAND

MOVIMIENTO 15-M UND PODEMOS

Durch die sich verschlechternde Lage der Bevölkerung entstanden spontane Demonstrationen, die als Movimiento 15-M (Bewegung 15. Mai) oder Indignados (Empörte) bekannt wurden. Sie organisierten sich vor allem in sozialen Netzwerken und führten im Mai 2011 Massendemonstrationen in vielen Städten Spaniens durch. Protestcamps wurden errichtet, die teilweise gewaltsam von der Polizei geräumt wurden. (z.B. Placa de Catalunya in Barcelona am 27.5.2011)



„Indignados“ in Spanien

Politisch geprägt war diese Bewegung von Reformismus und Anti-Autoritarismus, der sich beispielsweise in der Ablehnung von jeglichen Parteien äußerte. Aus dieser Bewegung heraus entstand bekanntlich die Partei „Podemos“, deren erklärtes Ziel es war, das Zweiparteiensystem Spaniens, bestehend aus der sozialdemokratischen PSOE und der konservativen Partido Popular, zu überwinden. Sie schlugen den Weg der griechischen Syriza ein, erklärten den Schuldenschnitt, den Austritt aus der Nato, Referenden über die Monarchie und die Unabhängigkeit Kataloniens und des Baskenlands, zu ihrem Ziel. Seit den Parlamentswahlen 2015 ist Podemos drittstärkste Kraft. Jetzt ist aber offensichtlich geworden, dass sie nichts von ihren Versprechungen durchsetzen werden. Wie auch andere sozialdemokratische Parteien dient Podemos der Kapitalistenklasse dazu, die

ArbeiterInnenklasse von ihrer Befreiung abzuhalten und sie durch kleine Zugeständnisse in das System zu integrieren. Die aufkeimende revolutionäre Atmosphäre, die durch die Bewegung der Indignados aufkam, wurde u.a. durch Podemos zerstört, indem sie den „Empörten“ einen Ausweg innerhalb des kapitalistischen Systems wiesen.

KÄMPFE IN DER ARBEITERINNENKLASSE

Der in der Krise offen zutage tretende und sich zuspitzende Klassengegensatz führte nicht nur zu den von der Sozialdemokratie vereinnahmten Protestbewegungen, sondern auch zu Kämpfen aus der ArbeiterInnenklasse heraus. Ein Beispiel sind die verschiedenen Streiks, wie die sehr erfolgreich verlaufenen der MinenarbeiterInnen oder der CocaCola-ArbeiterInnen.

2013 wurde CocaCola vier Monatelang bestreikt. 4 von 11 Werken sollten geschlossen und über 1000 ArbeiterInnen entlassen werden. Es kam zu Protesten im ganzen Land. Die ArbeiterInnen in Fuenlabrada (Madrid) nahmen dabei eine führende Rolle ein. Sie streikten unbefristet und errichteten ein Protestcamp vor dem Werkstor. Nachdem zum Boykott von CocaCola-Produkten aufgerufen wurde, gingen in der Region, die Fuenlabrada belieferte, die Verkaufszahlen um die Hälfte zurück. Passend dazu lautete das Motto des Streiks „Wenn Madrid nicht produziert, dann konsumiert Madrid nicht.“ Nach den vier Monaten Streik wurden die Kündigungen für ungültig erklärt, die ArbeiterInnen wieder eingestellt und die Löhne für die Streiktage ausbezahlt.

Bis 2012 wurde die Kohleförderung in Spanien subventioniert, dann wollte der Staat sie im Zuge der Kürzungen streichen. Im Norden des Landes ist Bergbau ein großer Sektor. Ganze Dörfer ernähren sich von dieser Arbeit. Wenn die Subventionen gestrichen worden wären, hätte das zu Schließungen von Minen geführt. Es kam zu Streiks der MinenarbeiterInnen im ganzen Land. Im Juni/Juli 2012 marschierten die Minenarbeiter nach Madrid und demonstrierten dort mit zehntausenden UnterstützerInnen. Unter den Unterstützern waren auch die großen Gewerkschaften, obwohl sie zuvor den Streichungen zugestimmt hatten. Sie versuchten die Streiks für sich zu vereinnahmen und die Kämpfe unter Kontrolle zu halten. Denn die MinenarbeiterInnen gingen bei den Streiks noch weiter und nutzten nicht nur die Arbeitsniederlegung als Kampfform.

Teilweise besetzten ArbeiterInnen Minen oder blockierten Autobahnen mit brennenden Reifen.⁴



Die spanische Organisation 'Partido Marxista'

Der Staat versuchte diese Proteste in den Griff zu bekommen und schickte Polizeikräfte in die Dörfer um die „Unruhestifter“ ausfindig zu machen. Dabei griffen sie willkürlich DorfbewohnerInnen an. Diese solidarisierten sich aber mit den MinenarbeiterInnen und halfen ihnen, sich zu verstecken und die Polizei aus den Dörfern rauszuhalten. Die Kämpfe der ArbeiterInnen waren erfolgreich. Die konkreten Forderungen konnten erreicht werden und die Subventionen wurden nicht gestrichen.

Auch in der Jugend gibt es seit 2012 eine Streikbewegung gegen die Sparmaßnahmen der Regierung. An den Universitäten in Spanien gab es in den letzten Jahren häufiger symbolische Streiks. In Madrid wurde ein als eintägig angesetzter Streik auf drei Tage erweitert und auch in Barcelona streikten die StudentInnen. Es kam zu Blockaden der Universität, aber auch zu Besetzungen von Autobahnen. Insgesamt nahmen an den Streiks die Mehrzahl der StudentInnen teil. Zwar bleiben die Streiks symbolisch, aber auch hier zeigt sich eine Kampfbereitschaft.

Ein weiteres Beispiel ist der Widerstand gegen Zwangsräumungen. Wie oben beschrieben kam es im Zuge der Krise zu etlichen Zwangsräumungen. Zwischen 2008 und 2013 mussten 327.000 Familien ihre Wohnung verlassen.⁵ Viele Betroffene schlossen sich daraufhin in Plattformen zusammen und bildeten Kollektive gegen Zwangsräumungen. Mittlerweile bilden sie die erste Anlaufstelle, wenn Familien betroffen sind. Neben öffentlichen Protesten blockieren sie die Hauseingänge, wenn Wohnungen zwangsgeräumt werden sollen oder besetzen leerstehende Wohnungen, um sich wieder Wohnraum anzueignen. In den Kollektiven ist ein breites poli-

4 Video: labournet.tv/video/6364/spanische-bergleute-im-unbefristeten-streik

5 Info.arte.tv/de/spanien-gemeinsam-gegen-zwangsräumungen



sta-Leninista (Reconstrucción Comunista)'

tisches Spektrum vertreten. Was sie eint ist der Widerstand, der für sie alternativlos ist.

WIE SIEHT DIE PERSPEKTIVE AUS?

Allgemein lässt sich sagen, dass der Klassenwiderstand sich seit der Krise in Spanien offener zeigt und vertieft hat. Die Lage der ArbeiterInnenklasse hat sich seitdem sehr verschlechtert. Es herrscht Armut und Verelendung in großen Teilen der ArbeiterInnenklasse. An vielen Stellen brechen spontan Kämpfe aus und es kommt zu großen Massendemonstrationen.

Diese Kämpfe bleiben jedoch meist isoliert voneinander. Es gibt zwar immer wieder Unterstützerinnen, die sich mit den Kämpfen der einzelnen Sektoren solidarisieren, es fehlt jedoch ein verbindendes Element, welches alle Kämpfe zusammenbringt. Eine Rolle spielt dabei, dass das Klassenbewusstsein der ArbeiterInnenklasse in ihrer Breite in Spanien noch nicht den objektiven Bedingungen entspricht. Die ArbeiterInnen haben noch nicht erkannt, dass sie als eine zusammengehörige Klasse gemeinsame Interessen haben, die den Interessen der Kapitalisten entgegengesetzt sind und sie, um ihre Lage zu ändern, einen Kampf gegen die Klassenherrschaft der Kapitalisten führen müssen.

Die existierenden Gewerkschaften können kein verbindendes Element der ArbeiterInnenklasse darstellen. Denn in Spanien sind wie in Deutschland die gelben Gewerkschaften vorherrschend. Diese sind eine Sozialpartnerschaft mit dem Kapital eingegangen, zudem stark zersplittert und organisieren nur einen kleinen Teil der ArbeiterInnenklasse. Auch

Protestbewegungen wie die Indignados und die aus ihr entstandene Linkspartei Podemos, werden der ArbeiterInnenklasse keine Antwort geben.

Im Moment mag das Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse in Spanien noch hinterher hinken, jedoch wird es irgendwann zu einem Sprung im Klassenbewusstsein kommen. Wenn die Situation bereit ist, muss es eine Kraft geben, die die ArbeiterInnenklasse zur Revolution führt. Das kann nur eine kommunistische Partei sein. Zwar gibt es noch keine kommunistische Partei in Spanien, die dazu in der Lage ist, aber in den letzten Jahren gibt es eine erfreuliche Entwicklung.

Seit 2009 hat sich eine junge kommunistische Organisation herausgebildet, die diesen Weg gehen will. Sie hat sich gegen den vorherrschenden Revisionismus in der kommunistischen Bewegung Spaniens gewandt und erlebt seit 2012 einen sehr großen Zustrom, v.a. aus der desillusionierten Jugend. Seit 2015 trägt sie den Namen Partido Marxista-Leninista (Reconstrucción Comunista) (dt. Marxistisch-Leninistische Partei (Kommunistischer Wiederaufbau)). Auch der spanische Staat ist auf diese Entwicklung aufmerksam geworden und hat im Januar 2016 die Organisation, zunächst befristet auf ein Jahr, verboten. Unsere Solidarität gilt den GenossInnen, insbesondere denen, die im Januar verhaftet wurden und nun ein Verfahren vor sich haben, das enorme Kosten mit sich bringen wird.

Wir können uns die Partido Marxista-Leninista (Reconstrucción Comunista) zum Vorbild nehmen und auch in Deutschland einen kommunistischen Anziehungspunkt schaffen, der durch die Klarheit und Festigkeit in seiner Ideologie und seinem selbstbewussten Auftreten zu einem Anziehungspunkt wird. Denn auch hier gibt es die Möglichkeit, dass wenn sich die objektiven Bedingungen verändern, die kommunistische Partei explosionsartig anwachsen wird und vor ganz neuen Aufgaben stehen wird.

Als KommunistInnen ist es unsere Pflicht, tagtäglich daran zu arbeiten, die Massen zu organisieren und fehlendes Bewusstsein in die Klasse hinein zu tragen. Es ist unsere Aufgabe, als Vorbild voranzugehen, die Klasse nicht zu betrügen und zu demoralisieren, wie es die Sozialdemokraten und gelben Gewerkschaften getan haben. Wir müssen eine Perspektive bieten, die die Jugend aus ihrer Perspektivlosigkeit holt und ihnen mehr bietet als der Drogenrausch am Wochenende. Wir müssen die Erreichbarkeit der Durchsetzung der Interessen der ArbeiterInnenklasse aufzeigen und damit die Massen zum Kampf für ihre Interessen führen.

Th
ter
ref
th
m
p
s
t
w

This paper is published and written by a diverse group of so-called refugees who choose not to accept their disenfranchisement by the German state. Together with local supporters we look to inform and invite as many people as possible to break the isolation and to get in contact with us.

ان کاغذ توسط گروه متونسی از افراد به اصطلاح پناهنده نوشته و منتشر میشود که سیاست ضد انسانی دولت آلمان را قبول ندارند. با همکاری گروهی از افراد محلی ما به دنبال اطلاع رسانی و دعوت کردن از شما هستیم تا بتوانیم خود را از تبعید و انزوا رها کنیم و با سببند.

Ce dossier est publié et rédigé par un groupe hétérogène de soi-disant "réfugiés" qui n'acceptent pas le privation et l'interdiction des droits civique par l'Etat allemand. Avec des sympathisants locaux, nous voulons informer et inviter autant de personnes que possible pour briser l'isolement et créer un contact avec nous.

هذه الصحيفة نشرت وكتب من قبل مجموعة متنوعة من ما يدعى "اللاجئين" الذين لم يقبلوا الحرمان من الحقوق المدنية من قبل الحكومة الألمانية. معاً مع داعمين محليين نبحث لنحضر وندعو أكثر عدد ممكن من الأشخاص لكسر العزلة و التواصل معاً.

Nasine pred nama pišu i objavljuju različite grupe takozvanih "begalaca" koje ne prihvataju stanje odepričavanja koje im nudi njemačko društvo. Zajedno sa podrškom ljudi iz našeg neposrednog okruženja, želimo da vas informisamo i pozovemo da se sa nama kontaktirate i razbijete izolaciju kojju smo osjećamo.

Our Movement, Our News

by Lager Mobilisation Network

dear people from all over the world, this is our first issue of the newspaper Daily Resistance and it's written by people in the same position like you as the so-called refugees: people who are fighting against being dehumanized by law, criminalized by politicians, capitalized by the lager industry and instrumentalized by the media; plus with the support of very few citizens and friends in solidarity who are actively fighting with us to overcome this unjust and inhuman condition which is the reality and waste of our lifetime.

all in together there are, only in berlin, over 33.000 people forced to live in lagers (camps) and very few people in German society care about them, or even less are against this situation; so it seems like a long way to go - and that is unfortunately how it is, this is one of the many reasons why this newspaper, the lager mobilisation network, the website www.oplatz.net and many more self-organized groups and platforms were founded: to not only bring you news, views and the self-written history of our self-organized movement, or to let you know how your image is covered in the german society, the most important part of this newsletter is the attempt to support you where, when and in showing you ways to come together with other people and networks so you can "help yourself" - because one thing is for sure: there will be no "help" from this racist system and government, so it is on us to stand up, organize and demand our rights.

we hope you enjoy this newspaper, because one thing is for sure: there will be no "help" from this racist system and government, so it is on us to stand up, organize and demand our rights.



DAILY RESISTANCE

الاجئين يحتاجون الحرية لا المساعدات

by Adam Bahar, activist



كأحد الناشطين في مجال حقوق اللاجئين وكما هو طمس كل الظروف التي يمر بها الاجئين القاصين الى اوروبا، دورنا في ذهني أسئلة عاصفة لا يهدأ أحاول هنا ان أشارككم ايها اهل قفلا نجد في ألمانيا في ارض الواقع تلك المعاملات التي يرددتها الاعلام هذه الأيام وخاصة المشاركة الألمانية. إحتلنا ميركل حين صرحت (لقد حقنا ذلك ! هل فعلا تحقق ما يجب فعله لنمكن تفتاة التي خرجت بالاجئين وفي نفس الوقت تعاني منوع من ألمانيا المتخلفة بالمظاهرين من حركة المعادين للإسلام والأجانب (بقندا) وهل تمكن هؤلاء المعادين للاجئين من حرق أكثر من منه مركز ابناء مسقطي للاجئين بعكس ثقافة التي حبس ؟ وهل ذلك يعني حرجنا حين يمكن البرلمان الألماني من اجازة قوانين جديدة تمنع وتفيد حرية الحركة للاجئين وتلزمهم بالبقاء مدة أطول في معسكرات الترحيل الصخرية وحتى تعيد بنوعها كل شيء. هل يمكن البرلمان الألماني من اجازة قوانين جديدة تمنع وتفيد حرية الحركة للاجئين وتلزمهم بالبقاء مدة أطول في معسكرات الترحيل الصخرية وحتى تعيد بنوعها كل شيء. هل يمكن ذلك فعلاً.

INTERVIEW: 'DAILY RESISTANCE'

WIE SICH GEFLÜCHTETE IHRE EIGENE PRESSE SCHAFFEN

In der letzten Ausgabe haben wir uns in dem Artikel „Das unmenschliche Lagersystem – Bericht aus einer Flüchtlingsunterkunft“¹ mit den Bedingungen in den Lagern beschäftigt. Nun wollen wir die Kämpfe der Geflüchteten näher betrachten. Dafür haben wir ein Interview mit dem Aktivist Turgay von der Zeitung „Daily Resistance“ und der Oplatz-Bewegung² geführt haben.

KOMMUNISMUS: Stell doch bitte das Zeitungsprojekt „Daily Resistance“ kurz vor.

TURGAY: „Daily Resistance“ ist ein Zeitungsprojekt von Flüchtlingen für Flüchtlinge. 2012 haben wir als ‚Media-Group‘ begonnen, mit verschiedenen Mitteln unsere Forderungen nach außen zu tragen. Es waren Leute aus der Flüchtlingsbewegung. Zuerst wurden nur handschriftlich Flyer geschrieben – dann auf dem Laptop. Dann haben wir uns gedacht, wir müssen unsere eigenen Medien machen.

Heute wird die Zeitung vor allem von Leuten aus der Oplatz-Bewegung organisiert. Aber es arbeiten viele daran mit.

Die Zeitung kommt in sechs Sprachen raus: Eng-

lisch, Deutsch, Französisch, Urdu, Farsi und Arabisch. Von der ersten Ausgabe gab es 5000 Stück, von der letzten, dritten Ausgabe bereits 15000. Mit „Daily Resistance“ wollen wir die Ideen und Forderungen der Flüchtlinge öffentlich machen, aber auch die Flüchtlinge organisieren.

Kannst du das Ziel der Zeitung, Organisator für Geflüchtete zu sein, mehr ausführen?

Jeder Flüchtling und jede lokale Gruppe kann sich an der Zeitung beteiligen. Die Artikel werden dann von einer Redaktion zusammengebracht. Die überprüft die Artikel nochmal. Wir akzeptieren keine Texte mit kapitalistischen, sexistischen und nationalistischen Inhalten, alles andere kann verbreitet werden. Die Texte werden dann noch von einer Übersetzer-Gruppe auf verschiedene Sprachen übersetzt. Es gibt verschiedene lokale Initiativen und Aktivist:innen, die die Zeitung verteilen. Manche nehmen das direkt aus Berlin vom Druck mit, manche werden verschickt.

Die Zeitung wird dann in die Lager getragen. So kann man wieder in Kontakt mit Flüchtlingen kommen. Wir haben uns für eine Papierzeitung entschieden, weil viele Flüchtlinge keinen Zugang zum Internet in den Lagern haben.

1 <http://komaufbau.org/lagersystem/>
2 Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg

Die Zeitung ist nur ein Instrument. Wir wollen ein weiteres Instrument aufbauen. Ein weiteres Instrument, dass das Thema der Flüchtlinge öffentlicher macht und die Verbindung mit Kapitalismus, Imperialismus, imperialistischem Krieg zeigt.

Es gibt eine Idee, eine Partei zu gründen, welche das Flüchtlingsthema öffentlicher machen soll. Man will mit verschiedenen Teilen der Gesellschaft so besser in Kontakt kommen.

Als Flüchtlinge haben wir keine Rechte, einen Verein, eine Gewerkschaft und auch nicht eine Partei zu gründen. Diese Rechtlosigkeit wollen wir zeigen. Es ist egal, ob der Staat uns offiziell als Partei akzeptiert oder nicht – das ist nicht wichtig. Es soll eine Organisation sein, um verschiedene Proteste zusammenzubringen. Die Erfahrung war, dass es einen starken Aufstand gab, aber ohne Organisation ist die Flüchtlingsbewegung nicht so stark.

Es gibt verschiedene Instrumente, die wir benutzen können: Radio, Zeitung, Website, gemeinsam kochen. Man muss alle Methoden ausprobieren. Vielleicht klappt das mit der Partei nicht. Dann versuchen wir etwas anderes.

Was sind die wichtigsten Probleme der Geflüchteten in Deutschland, gegen die Ihr versucht Widerstand aufzubauen?

Die größten Probleme sind aktuell die Abschiebungen. Es gibt immer mehr Länder, die zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden, wie z.B. die Länder auf dem Balkan, Afghanistan, Tunesien usw. Dafür gibt es immer wieder neue Gesetze. Daneben gibt es noch immer das Lagersystem in Deutschland, welches die Flüchtlinge isoliert. Die Hauptforderung waren und sind: Stopp der Abschiebungen, Abschaffung von Residenzpflicht und dem Lagersystem.

Du warst auch in der Bewegung von Geflüchteten aktiv, die vor allem in den Jahren 2012-2015 stark war. Wie ist diese Bewegung entstanden?

Wir haben begonnen mit einer Gruppe von Flüchtlingen. Alle hatten einen politischen Hintergrund. Es gab Leute aus der Türkei, aus dem Iran, aus Senegal usw. Wir wollten auch hier gegen den Imperialismus und die Bedingungen, mit denen er uns behandelt, kämpfen. Wir haben uns auf den kleinen Demonstrationen getroffen oder kannten uns schon aus unseren Ländern. Wir haben gesehen, dass es zwar viele einzelne Kämpfe gibt, aber wir uns vereinigen müssen, um den Kampf öffentlicher zu machen. 2012 haben wir dann in Erfurt den ersten Marsch von Würzburg nach Berlin geplant.

Wir sind mit elf Personen gestartet und haben die Residenzpflicht zerbrochen. Die Leute waren schon

politisch, deshalb hat man das geschafft. Dann waren wir bald 500, manche waren zum ersten Mal auf einer Demonstration. Aber wir konnten sehen, jemand muss das machen und organisieren. Spontan geht das nicht.

Von 2012 bis 2014 gab es nicht so viele Flüchtlinge in Deutschland. Dann begannen starke Flüchtlingsströme, es gab viele kolonialistische und rassistische Gesetze. Dann konnten wir auf der Vorarbeit, die wir gemacht haben, aufbauen und eine starke Bewegung aufbauen. Unsere Bewegung war aber nicht spontan, wir haben viel vorher gearbeitet.

Aktuell ist die Bewegung schwach. Wir können uns z.B. die Situation in Berlin-Tempelhof angucken, da gibt es ein Lager mit 2500 Geflüchteten, aber keine Organisation.

Welche Probleme hast du bei der Organisation der Geflüchteten festgestellt?

In den Lagern gibt es nur essen und schlafen und dann wieder essen und schlafen. Unter solchen Bedingungen fangen sie an, gegeneinander zu kämpfen. Jede Nationalität hat oft ihre eigene Organisation. In unserer Oplatz-Bewegung in Berlin haben wir es geschafft, das zu durchbrechen. Am Anfang waren es viele verschiedene Nationen und es gab viele Probleme. Wir haben dann Plenum gemacht und uns kennengelernt. Wir haben so das Problem der nationalen Unterschiede gelöst.

Wie schätzt du das Bewusstsein der Geflüchteten ein?

Ein großer Teil der Geflüchteten weiß nicht über die Rolle der EU in den Kriegen in Syrien, Irak, Afghanistan bescheid. Es gab einmal einen jungen Afghanen, der mit uns im Parlament war und dann von einem Politiker gefragt wurde: „Aber warum seid ihr hier?“ und er hat geantwortet: „Weil eure Soldaten in unseren Ländern sind. Wir können das gerne tauschen.“ Das ist eine antiimperialistische Position. Er hat das in der Bewegung kennengelernt. Spontan hat man das nicht. Viele haben am Anfang gefragt „warum protestiert ihr, wir haben doch Demokratie.“ Alle lernen in der Bewegung, in der Aktion. Ohne Aktion und Aktivität funktioniert das nicht.

In der Bewegung der Geflüchteten kam es teilweise zu sehr radikalen Aktionsformen wie Hungerstreiks, Drohung mit Selbsttötung usw. Gleichzeitig gibt es die Erfahrung, dass viele Aktivisten mit Eintreten des gesicherten Aufenthaltsstatus inaktiv geworden sind. Wie schätzt du das ein?

Ja, das ist eine Realität. Die Organisierung der Flüchtlinge ist nicht einfach. Diejenigen, die auch schon am Anfang einen politischen Hintergrund



hatten, machen immer weiter. Der Großteil ist weggegangen, aber ein kleiner Teil ist geblieben. Es gab z.B. Leute, die sich im Oplatz aktiviert haben und dann in anderen Städten weitergemacht haben.

Wie hat der Staat auf eure Bewegung reagiert?

Der Staat verwendet verschiedene Methoden. Er macht mit bei den NGOs und ist nett, aber er macht auch Repression. Zum Beispiel bei der Besetzung vom Oplatz in Berlin. Nach einiger Zeit hatten wir Verhandlungen mit dem Staat. Der Staat hat den Leuten [die den Oplatz besetzt haben in den Verhandlungen] Schlafplätze angeboten und dass man eine Liste mit den Namen zum BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) zur Prüfung schickt.

Von unserer Oplatz-Delegation hat die Hälfte mit dem Staat zusammen gearbeitet. Der Staat hat versucht auf uns [auf die andere Hälfte der Delegation] zu zeigen. Er hat gesagt, dass wir keine humanitäre Lösung wollen. Die Medien haben über uns gesagt, dass wir keine Flüchtlinge sind, dass wir Linksextremisten sind, dass wir die Flüchtlinge nur instrumentalisieren wollen, dass wir keine humanitäre Lösung wollen. Aber der Staat weiß, dass wir Flüchtlinge sind! Aber es gab die Propaganda, um uns gegen die anderen aufzubringen.

Wir haben den Leuten gesagt, dass die Versprechen vom Staat nicht klappen werden, dass wir kein Vertrauen haben, dass wir Garantien wollen. Aber ein Teil hat mit den Grünen, SPD, CDU usw. zusammengearbeitet. Sie haben dann den Oplatz geräumt. Mit ein paar Flüchtlingen wurden wir sogar angegriffen, mit Schlagstöcken usw. Dann haben sie einige Schlafplätze organisiert. Alle Leute, die auf der Liste waren, haben aber eine negative Antwort und Ablehnung bekommen. Die Leute sind am Ende geräumt worden aus den Schlafplätzen, obdachlos geworden und ohne Perspektive gewesen. Sie haben verstanden, dass wir in Ordnung waren. Dann wollten sie wieder kommen. Aber dann war alles schon

kaputt. Eine Person, die mit dem Staat verhandelt hat, ist später auf den Oplatz gekommen und hat versucht, sich anzuzünden. Er ist vor kurzem zu Hause an Krebs gestorben. Seine Freunde haben gesagt, das war wegen dem ganzen Stress. Sie wollten ihn bestatten und der Staat wollte kommen zur Beerdigung, aber die Leute haben nein gesagt. Diese Sache ist wirklich eine Tragödie.

Welche längerfristige Perspektive siehst du für die Bewegung der Geflüchteten in Deutschland?

Das Wichtigste ist, dass die Flüchtlinge selbst aktiv werden müssen und sich öffentliche Orte schaffen. Zum Beispiel ist der Oranienplatz ein symbolischer Ort geworden wie Taksim, Tahir, Wall Street usw. Unser Name ist jetzt die ‚Oplatz-Bewegung‘. Wir haben der Gesellschaft gezeigt, was die Realität ist, was die Gesellschaft nicht sieht. Das Lager in Tempelhof soll jetzt zum Beispiel zugemacht werden. Sie wollen die Flüchtlinge verstecken. Die Gesellschaft soll nicht sehen, wie sie leben. Das müssen wir zeigen.

Wir betrachten die Geflüchteten als einen Teil der ArbeiterInnenklasse in Deutschland und zwar als denjenigen Teil, der am meisten niedergedrückt ist. Wie siehst du das?

Ja, das stimmt. Deswegen haben wir [Ende 2014] die DGB-Zentrale in Berlin besetzt. Wir haben gesagt, dass wir auch Proletarier sind. Warum machen die Gewerkschaft nichts zu diesem Thema? Wir haben gesagt, dass wir Arbeiter sind, aber gerade arbeitslos sind. Wir wollen auch Gewerkschaftsmitglieder sein können. Aber wir haben gesehen, dass die Gewerkschaften in Deutschland nicht für die Arbeiter sind, sie arbeiten mit dem Staat. Sie sind ein Teil des Staates. Wir haben sieben Tage im DGB-Haus geschlafen. Am Anfang haben sie uns Essen und Kaffee gegeben. Wir haben gesagt: „Ihr seid eine große Gewerkschaft und wir wollen mit einer verantwortlichen Person von der Gewerkschaft sprechen.“ Aber sie haben keine geschickt. Sie haben uns mit der Polizei räumen lassen. Sie haben gesagt „Flüchtlingen helfen ja, – Unser Haus besetzten, nein“. Das war wichtig, damit die Flüchtlinge verstehen, was die Gewerkschaft ist. Danach haben verschiedene Basisorganisationen in der Gewerkschaft eine Unterschriftenaktion gemacht gegen die Polizeioperation. Auch in den unteren Ebenen im Gewerkschaftshaus haben sie gesagt, dass sie gegen die Räumung sind. Aber sie haben gesagt, dass sie Angst haben, ihre Arbeit zu verlieren.

Wir denken, dass es einen gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse geben muss. Die Proletarierklasse ist keine homogene Gruppe, die Flüchtlinge sind ganz unten. Wer ist Proletarier? Das ist, wenn die Leute

keine andere Chance haben, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Wir haben nichts als unsere Arbeitskraft. Wir haben keine andere Chance, als das zu machen. Man muss auch nicht in der Industrie arbeiten, um zur Proletarierklasse zu gehören.

In Deutschland gibt es neben Rassisten, die Geflüchtete angreifen, auch viele Menschen, die sich für Geflüchtete und ihre Lebensbedingungen einsetzen. Viele machen das vor allem aus „humanistischen“ Gedanken, um zu „helfen“. Wie siehst du die Bewegung der „Supporter“?

Wir haben viele Probleme mit denen, die Kampagnen für die Flüchtlinge machen wollen. Sie sitzen in den Unis und NGOs und machen Seminare über Flüchtlinge, aber ohne Flüchtlinge! Können Flüchtlinge nicht selber aktiv sein?

Aktuell sagen wir den Leuten, dass es so ist, dass es keine Bedeutung hat wenn wir Brot und Wasser von euch bekommen. Im nächsten Moment kommt die Abschiebung! Wir brauchen den Kampf gegen Krieg und Waffenexport. Die Leute denken, sie sind sehr human, wenn sie Flüchtlingen helfen, das stimmt nicht, sie müssen gegen den Staat kämpfen.

Habt ihr auch Kontakt mit anderen Strukturen und Bewegungen?

Wir haben Kontakt mit den Leuten von Refugee-Schulstreik, Leuten gegen Zwangsräumungen, Basisorganisationen, Gewerkschaften.

Wir sehen aber, dass es keinen Kontakt mit der Arbeiterbewegung gibt. Große Teile der linken Bewegung erwarten Demokratie vom Kapitalismus. Für uns ist das Flüchtlingsthema ein wichtiges Thema, daran kannst du die Gesellschaft erklären. Die meis-

ten Organisationen haben keinen richtigen Kontakt mit den Flüchtlingen. Dort müssen die Organisationen einen Weg finden. Es gibt verschiedenen Methoden. Man kann im Lager sein und manchmal auch von draußen kommen. Wir gehen z.B. nach Tempelhof und machen davor ein Café, weil sie uns nicht reinlassen.

Es gibt das Problem bei den Linken, dass viele nur Hobbyaktivismus machen.

Was denkst du, ist die besondere Aufgabe von Kommunisten?

Natürlich ist es richtig, humanitäre Sachen wie Schlafplätze zu organisieren oder Proteste gegen Abschiebungen zu machen. Wichtig ist es aber, auf der Straße gegen das System zu kämpfen. Man muss bessere Erklärungen für die Gesellschaft machen, warum die Flüchtlinge überhaupt hier sind! Der Großteil weiß nicht, was Residenzpflicht und Lagersystem ist. Wer hat den Krieg denn wo durchgeführt? Wo genau sind denn Waffen aus Deutschland? Das wissen sie nicht. Die Gesellschaft soll nicht sehen, dass die Flüchtlinge hier sind, weil wir dort unsere Waffen und Krieg hingeschickt haben, so dass die Leute fliehen müssen.

Es gibt viele bürgerliche Leute, die gegen Flüchtlinge sind. Es gibt Leute, die denken, dass Flüchtlinge die Jobs klauen. Wir müssen zeigen, dass das nicht so ist. Auch ohne Flüchtlinge gibt es Obdachlose. Auch als es wenige Flüchtlinge gab, gab es 11000 Obdachlose in Berlin, aber das muss jemand aufzeigen! Die Gesellschaft sieht nur einen Teil von den Flüchtlingen, die Kriminalität usw., aber das ist nicht die Realität. Das ist eine Aufgabe von Kommunisten, das klar zu machen.





‘POLITICAL ENGINEERING’ UND RECHTSENTWICKLUNG

- ODER: WIE STEUERT DER STAAT UNSER DENKEN UND FÜHLEN?

In unserem Artikel zum Parlamentarismus haben wir davon gesprochen, dass die Bourgeoisie es trotz einer instinktiven Ablehnung des politischen Systems bei Teilen der Bevölkerung noch immer versteht, die „richtigen Knöpfe“ bei ihnen zu drücken. Dies ist keine leere Floskel. Wir meinen damit eine mittlerweile systematisierte und wissenschaftlich ausgearbeitete Art der Beeinflussung der Massen, die in der bürgerlichen Literatur¹ auch als „political engineering“ bezeichnet wird.

Die Übersetzung des Begriffs ins Deutsche ist nicht ganz einfach. Wörtlich bedeutet er: „Politisches Ingenieurwesen“ oder „Politische Technik“. Wir meinen: Der Begriff bringt zum Ausdruck, dass politische Akteure (z.B. Parteien und ihre Beraterteams, verallgemeinert aber der staatliche Apparat als ganzer) auf der Grundlage wissenschaftlicher Methoden eine planmäßige Herangehensweise in Hinblick auf die Kommunikation mit der Bevölkerung entfalten, die der Aufrechterhaltung eines funktionierenden Staatswesens im Sinne der Bourgeoisie dient.

„Political engineering“ reicht dabei über die klas-

sische „Propaganda“ hinaus und setzt gerade bei Stimmungen und Gefühlen in der Bevölkerung an. Dieses Konzept ist auch ein wesentlicher Bestandteil der „hybriden Kriegsführung“, die wir in früheren Artikeln beschrieben haben².

Die Aufrechterhaltung der Kontrolle des Staates über die Massen muss heute in einer hochkomplexen ökonomischen und politischen Gesamtlage geschehen. Oder anders gesagt: Die notwendig auftretenden gesellschaftlichen „Gärungsprozesse“ müssen im Interesse des bürgerlichen Systems gesteuert werden.

Gabor Steingart, Herausgeber des „Handelsblatts“, beschreibt das Phänomen des „political engineering“ in seinem Essay „Weltbeben“ wie folgt: „Die Ausweichbewegung ins Narrative, die man in Amerika verharmlosend als ‚political engineering‘ bezeichnet, soll die Führungsrolle der politischen Klasse aufrechterhalten, und sei es als Fiktion. Eine eigene Industrie ist entstanden, sagt Johns-Hopkins-Professor Adam Sheingate, um die Wahrnehmung der Wähler zu for-

2 <http://komaufbau.org/sun-tsu-besucht-garmisch-hybride-kriegsfuehrung-im-21-jahrhundert/>

1 Siehe unten

men und das Image der Politiker zu kuratieren‘. Angetrieben von Psychologen, Hirnforschern, Demoskopern, Kommunikationsexperten und Verhaltensforschern, die ihre Feuertaufe zumeist im ‚neuronalen Marketing‘ der multinationalen Konzerne bestanden haben, verändert sich vor unser aller Augen die Biologie der Politik. Parteiapparate wurden zu Marketingmaschinen, Politiker zu Illusionskünstlern, Staatsmänner zu Geschichtenerzählern. Die Prinzipien von Vernunft und Rationalität werden beim ‚political engineering‘ nicht geleugnet, nur je nach Bedarf ignoriert. (...)

Der Wahlkampf ist in dieser Vorstellungswelt keine abgeschlossene Periode mehr, die wenige Monate vor dem Urnengang beginnt und bei Schließung der Wahllokale endet, sondern ein Dauerzustand, dem das Regieren untergeordnet wird.³

Und weiter: „Henry Kissinger, der Altmeister der amerikanischen Außenpolitik, hat die neue Zeit am eigenen Leib erfahren. ‚Früher‘, erzählt er, ‚fragten mich die Politiker: Henry, was soll ich davon halten? Heute fragen sie mich: Henry, was soll ich dazu sagen?‘“⁴

Beispiele für ‚political engineering‘ sind der Wahlkampf von Obama 2008, in dessen Verlauf es gezielt verstanden wurde, eine Stimmung des Aufbruchs und des politischen Wechsels in Teilen der Bevölkerung zu entfachen, die über die sozialen Medien zu einem Selbstläufer wurde („Yes we can“) – und das alles bei weitgehender politischer Inhaltslosigkeit! Es stimmte einfach das Feeling! Ein ähnliches Phänomen scheint sich gerade in Deutschland rund um den SPD-Kanzlerkandidaten Schulz zu entspinnen, der nach Jahrzehnten im Brüsseler Polit-Establishment plötzlich als „Hoffnungsträger des kleinen Mannes“ auf der deutschen politischen Bühne aufgetaucht ist. Man mag fassungslos davorstehen – und doch ist diese Erscheinung bei weitem kein Einzelfall.

WIE DER STAAT MIT UNSEREN GEFÜHLEN SPIELT

Während wir Linken stundenlang über Formulierungen nachdenken, um rationale Sachverhalte in Flugblättern korrekt auszudrücken und damit die ArbeiterInnenklasse zu gewinnen, haben die bürgerlichen Parteien längst ganze Psychologen-Teams engagiert, um zu erforschen, wie sie die Massen emotional „geknackt kriegen“.

Einer dieser Wissenschaftler ist Drew Westen, ein Psychoanalytiker, Hirnforscher und früherer Wahlkampfberater von Barack Obama. Er ist der Autor

des Buches „The Political Brain“, das mittlerweile eine Art Standardwerk in der Branche ist. Er hat – auch für uns sehr interessant – erforscht, wie Beeinflussbarkeit, Selbstbetrug und Opportunismus psychologisch funktionieren. In einem Internet-Artikel lesen wir z.B. über eine Studie zum US-Wahlkampf aus dem Jahr 2004: „Gemeinsam mit seinen Kollegen Stephan Hamann und Clint Kilts konfrontierte er 30 Versuchspersonen – die eine Hälfte Anhänger der Demokraten, die andere Anhänger der Republikaner – per Dia mit widersprüchlichen Aussagen der Präsidentschaftskandidaten John Kerry und George W. Bush.

Mit einem dritten Dia wurde den Probanden die Aufgabe übermittelt, sie sollten über die Unstimmigkeit der Zitate grübeln. Und diesen Prozess studierten die Wissenschaftler am Drew Westen im fMRT-Scanner. Gespannt waren sie natürlich vor allem darauf, wie die Kerry- und Bush-Anhänger auf die Inkonsistenzen ihres jeweiligen Lieblingskandidaten reagieren würden. Die Psychologen hatten sich dazu ein paar Hypothesen überlegt. Und die wurden eindrucksvoll bestätigt.

Drew Westen beschreibt es so: ‚Das Gehirn registriert den Konflikt zwischen Informationen und Wünschen und beginnt nach Wegen zu suchen, um die Quelle der unangenehmen Emotionen abzuschalten. Wir wissen, dass die Gehirne dabei ziemlich erfolgreich waren, denn die untersuchten Parteianhänger bestritten zumeist, dass sie irgendeinen Konflikt zwischen den Worten und Taten ihres Kandidaten wahrgenommen hatten.‘ Und weiter: ‚Es gelang den Gehirnen nicht nur, mittels eines fehlerhaften Denkprozesses das Gefühl der Bedrängnis abzustellen, sie taten dies außerdem sehr schnell – soweit wir feststellen konnten, sogar bevor die Testperson das dritte Dia überhaupt gelesen hatten.‘ (...)

Es kam aber noch etwas heraus, mit dem Westen und seine Kollegen nicht gerechnet hatten: Nachdem



3 Steingart, „Weltbeben“, Knaus Verlag 2016, S. 169 f.

4 Ebd.

die Probanden einen Weg gefunden hatten, zu falschen Schlussfolgerungen zu kommen, schalteten sich nicht nur jene Schaltkreise ab, die an negativen Emotionen beteiligt sind – es schalteten sich jene ein, die an positiven Emotionen beteiligt sind! Fast so als jubilierten die Versuchspersonen innerlich über den gelungenen Selbstbetrug. Ablesbar war das an heftigen Aktivitäten im ventralen Striatum – einer Region des Belohnungszentrums, die auch aktiv ist, wenn Heroinsüchtige ihren Schuss bekommen. Der Begriff ‚Politik-Junkie‘ bekomme dadurch eine ganz neue Bedeutung, juxt Drew Westen.⁵

“Die meisten Leute hören nur, was sie hören wollen.” - Wir kennen viele politische Situationen, in denen wir mit ähnlich gelagerten Phänomenen des Selbstbetrugs konfrontiert sind:

Nehmen wir nur das Festklammern an der Hoffnung, das eigene Werk werde von der bereits angekündigten Rationalisierung verschont werden und das darauf basierende Einrichten in Passivität durch die Belegschaft, die dem Streik vorgezogen wird.

Oder: Den Widerspruch, wenn jemand in Hinblick auf die Bewertung Stalins und des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion ein ehrlicher und glühender Verfechter revolutionärer Maßnahmen ist – in Bezug auf hier und heute aber parlamentarische Politik in einer DKP oder MLPD betreibt – und garnicht nachvollziehen kann, wie man hieran Kritik üben kann!

Die psychologischen Mechanismen hinter diesen und ähnlich gelagerten Phänomenen sind nicht schwer zu erraten:

Politik im Rahmen des bürgerlichen Staates zu betreiben ist der Weg des geringeren Widerstands. Weiterarbeiten wie immer ist bequemer als streiken. Den Mann im Fernsehen zu wählen, der mir so nett nach dem Mund redet, ist bequemer, als rauszugehen und einen Aufstand anzuzetteln. Es ist bequemer, wenn jemand anderes meine Interessen vertritt statt ich selbst. Den Ausländern für meine Probleme die Schuld zu geben ist bequemer, als mich mit den Mächtigen anzulegen.

Denken wir also zurück an die Frage aus dem vorherigen Artikel: Mag auch (fast) jeder rational wissen oder instinktiv fühlen, dass die bürgerliche Demokratie eine große Lügenveranstaltung ist. Solange aber die Macht der Gewöhnung an das System stärker ist als diese Erkenntnis und die Bereitschaft zur eigenen Aktivität, ist der Parlamentarismus in den Massen eben nicht besiegt!

RECHTSENTWICKLUNG IN DEN MASSESN

„Es gibt schlechterdings keinen bedeutenden Gedanken, den die Dummheit nicht anzuwenden versteht, sie ist allseitig beweglich und kann alle Kleider der Wahrheit anziehen. Die Wahrheit dagegen hat jeweils nur ein Kleid und einen Weg und ist immer im Nachteil.“⁶

Was ist in den letzten Jahren also passiert, da dieses bürgerliche System in Teilen der Massen immer mehr diskreditiert wurde, die „Macht der Gewohnheit“, der Parlamentarismus dabei aber nicht durchbrochen wurde? In welche politische Richtung geht die Tendenz in den Massen gerade?

Die MLPD, die ihren Blick offenbar nur auf ganz bestimmte Teile der Gewerkschaftsbasis gerichtet hat und sich dabei womöglich den „Westen’schen Selbstbetrugs-Kick“ holt, geht von einer Linksentwicklung in den Massen aus, auf den die Regierung mit einer Rechtsentwicklung reagiert hat.⁷

Wir halten das für eine gefährliche Fehleinschätzung.

Wer mit offenen Augen durch Stadt und Land in der BRD geht, wird nicht nur feststellen, dass sich in Ostdeutschland faschistische Massenbewegungen fest auf den Straßen von Großstädten wie Dresden etabliert haben – vom Land ganz zu schweigen; dass eine faschistische Partei wie die AfD mit zweifeligen Ergebnissen in mehrere Landtage eingezogen ist und mit einiger Wahrscheinlichkeit drittstärkste Kraft im nächsten Bundestag wird. Sondern, dass wir es mit einer Rechtsentwicklung in allen Teilen der Massen und der politischen Kräfte zu tun haben.

Was hat das mit “political engineering” zu tun? Wir leben seit geraumer Zeit vor einem permanenten Bedrohungshintergrund. Dieser wird strategisch und unablässig durch Staat und Massenmedien in die Bevölkerung kommuniziert und entwickelt sich durch die sozialen Netzwerke zum Selbstläufer. Die Stichworte sind: IS, Terror, kriminelle Ausländer, Trump, Putin, u.v.m.

Dieser Bedrohungshintergrund hat nicht dazu geführt, dass Teile der Arbeiterklasse spontan aktiv geworden sind. Vielmehr stellen wir, gerade nach dem Terroranschlag kurz vor Weihnachten in Berlin, einen bemerkenswerten Effekt der Abstumpfung in der Bevölkerung fest. Man wirft keine Fragen auf, sondern macht weiter wie bisher und verlässt sich auf den Schutz durch den bürgerlichen Staat. Man ruft sogar danach.

Wie viele Menschen, ob in den Großstädten oder

5 “Das politische Gehirn”, zu finden unter: www.dasgehirn.info/handeln/das-politische-gehirn/herz-schlaegt-verstand-6174;

6 aus: R. Musil, “Der Mann ohne Eigenschaften”

7 Vgl. <https://www.rotefahne.info/rote-fahne/2016/nr10/wie-die-afd-salonfaehig-gemacht-wird>

auf dem Land, würden wohl heute zustimmen, wenn man sie fragt, ob die Polizei mehr Personal und bessere Ausrüstung braucht?

Die Frage ist rhetorisch, da die Besetzung der Innenstädte durch die Polizei wie an Silvester in Köln von weiten Teilen der Bevölkerung nicht nur stillschweigend akzeptiert, sondern ausdrücklich begrüßt wird: Siehe die vielen Dankeschön-Nachrichten an die Polizei in den sozialen Medien!

Das ist das Ergebnis der staatlichen Herangehensweise, die weiter oben als „political engineering“ beschrieben wurde.

Unter „political engineering“ fällt ganz konkret z.B. die gezielte Provokation durch die Kölner Polizei an Silvester mit ihrer „Nafri“-Nachricht bei Twitter. Nachdem rassistische Begriffe wie „Neger“ und „Zigeuner“ schon vor Jahrzehnten erfolgreich tabuisiert wurden, wird nun das Wort „Nafri“, das „Nordafrikaner = Intensivtäter“ suggeriert, von staatlicher Stelle für den öffentlichen Gebrauch freigegeben – und sofort massenhaft bei Facebook geteilt.

Nach jahrzehntelanger Arbeit am Denken und Fühlen der Bevölkerung ist es heute offensichtlich auch kein Problem mehr, wenn bewaffnete Uniformierte Reisende an einem deutschen Bahnhof nach Hautfarbe selektieren und ihnen unterschiedliche Türen zuweisen!

Die beschriebenen Erscheinungen sind in politischer Hinsicht Bestandteile einer Faschisierung durch den Staat. Methoden der Beeinflussung, die an den Emotionen ansetzen, sind hierfür sehr gut geeignet. Wieder können wir von Obamas Chefspsychologen lernen: *„Geht es um politische Einschätzungen und Entscheidungen, schlägt das Herz den Verstand also um Längen. Ein Kandidat im Wahlkampf tut deswegen gut daran, die Gefühle der Bürger stärker anzusprechen als ihre Ratio. Dumm nur für einen überzeugten Demokraten wie Drew Westen, dass die Konservativen darin so viel besser sind als die eher verkopften Vertreter der eigenen Partei!“*⁸

Angst vor Terror und Kriminalität wirkt emotional. Und es ist bequem, darauf zu vertrauen, dass ein starker Staat mit einer starken Polizei diese Probleme für einen regelt.

Es ist auch bequemer, Nordafrikaner für Kriminelle und Terroristen zu halten und zu hassen, als gegen die Kriminalität und den Terror des bürgerlichen Systems zu kämpfen.

Wie würden die Abstimmungen wohl ausgehen, wenn in einer solchen Gesamtlage das bürgerliche System seine Flexibilität einmal mehr unter Beweis stellt und Volksabstimmungen, z.B. über den Einsatz



Polizisten umringen MigrantInnen an Silvester in Köln



...die BILD-Zeitung gibt die Begleitmusik

der Bundeswehr im Innern, abhalten lässt? Welche politischen Kräfte sind es denn nochmal, die sich solche Elemente direkter Demokratie im Moment auf die Fahnen geschrieben haben?

RECHTSENTWICKLUNG IN DEN PREKARISIERTEN MASSES

Bisher haben wir von den Teilen der Massen gesprochen, die prinzipiell noch dem Staat oder der Polizei zumindest ein Grundvertrauen entgegenbringen. Was ist aber mit den prekarierten Teilen, bei denen das nicht mehr der Fall ist, bei denen das politische System tatsächlich völlig diskreditiert ist und bei denen sich Hass und Aktivität entwickelt haben?

SoL (Sozialistische Linke) schrieb 2013 in ihrer Parlamentarismus-Erklärung⁹ zu den Banlieue-Aufständen: *„Die Kraft, auf die wir uns stützen, das sind die ‚breitesten und tiefsten‘ Massen, die am meisten unterdrückten und ausgebeuteten. Das sind diejenigen, die regelmäßig mit Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, die die am schlechtesten bezahlten Arbeiten unter den widrigsten Arbeitsbedingungen leisten und un-*

⁹ Siehe Artikel *“Die Bundestagswahlen 2017: Was ist der Parlamentarismus und warum bekämpfen wir ihn?”* aus dieser Ausgabe



Salafisten bei der Massenarbeit

ter ihnen besonders die Jugendlichen, die Frauen und die Migranten. Diese Massen waren es, die im letzten Jahrzehnt tatsächlich den Aufstand in den imperialistischen Ländern gewagt haben und sie werden es wieder so spontan und un gelenkt tun, wenn die Revolutionäre sich nicht bewegen und ihre Aufgaben, solche Aufstände zu führen, erfüllen[...]”¹⁰

Hier müssen wir feststellen: Die Revolutionäre haben sich nicht bewegt und ihre Aufgabe nicht erfüllt. Aber es ist schlimmer gekommen als in dem Zitat vorhergesagt: Die Lücke, die die Revolutionäre gelassen haben, wurde schnell gefüllt: einerseits durch Kriminalität und Bandenwesen, andererseits durch Faschisten und Islamisten. Beide Teile sind wiederum miteinander verbunden und gehören zum bürgerlichen System.

Während wir also noch verkopft darüber diskutiert haben, ob das Wort „revolutionäre Gewalt“ in einem Aufruf zu weitgehend ist für den Bewusstseinsstand der Massen, haben Salafisten in deutschen Vorstädten bereits Söldner für den Dschihad in Syrien rekrutiert. Auf rein rationaler Ebene ist das nicht zu erklären!

Auch in den präkarisierten Teilen der Massen haben die faschistischen Kräfte also an Einfluss gewonnen und bauen ihn aus. Das Entscheidende ist: Ob mit Religion, mit Gewaltverherrlichung oder irgendetwas anderem – es ist am Ende die Bourgeoisie, die mit dem Denken und Fühlen der Bevölkerung arbeitet und im Ergebnis auch in den Teilen die Führung behält, in denen sie eigentlich längst diskreditiert ist!

RECHSENTWICKLUNG BEI DEN POLITISCHEN PARTEIEN

Die geschilderte Rechtsentwicklung in den Massen ist also keine spontane Bewegung, sondern ge-

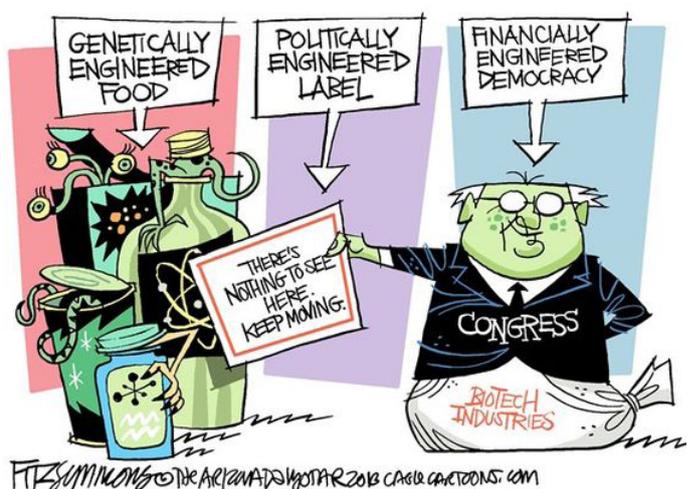
schieht unter dem Einfluss gezielter Maßnahmen der monopolistischen Bourgeoisie – die mit dem Begriff „political engineering“ beschrieben werden kann.

Die Widersprüche des Kapitalismus zwingen die Herrschenden, die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse zu verschärfen. Die ArbeiterInnenklasse merkt zwangsläufig, dass dieses System nicht ihr System ist. Das parlamentarische System, das Volksherrschaft vorgaukelt, wird zunehmend unglaubwürdig. Die Verankerung des Stellvertreterdenkens in den Massen (hinzu kommt eine gezielte Entpolitisierung) ist jedoch ein Hindernis für spontane Aktivität. Die Bourgeoisie geht in dieser Gesamtlage offensiv nach vorne, schon allein weil sie es muss: Einerseits durch Faschisierung, andererseits durch ideologische Vereinnahmung. Sie mobilisiert die Massen zum Erhalt des bürgerlichen Systems scheinbar „gegen das System“. Die faschistischen Parteien greifen die Ängste und den Hass der Massen auf und versuchen, ihn für die aggressiven Ziele der Bourgeoisie zu kanalisieren: Für mehr Staat und Polizei, für Krieg, usw.

Die Parteien, die ursprünglich zur Arbeiterbewegung gehört haben, sich aber an das bürgerlich-parlamentarische System gekettet haben, geraten im Zuge dieser Entwicklung in unauflösliche Widersprüche. Linke Reformisten, die den „Kapitalismus“ angreifen, dabei ihre Bindung an das bürgerliche System nicht aufgeben wollen, sind über kurz oder lang gezwungen, nach rechts, in Richtung des Faschismus zu rücken. Dass sie das in aller Regel auch tun, kann man heute an dem – an anderer Stelle schon erwähnten – Beispiel Sahara Wagenknechts beobachten.

Aber auch links von der Linkspartei, in der politischen Widerstandsbewegung, sehen wir bemerkenswerte Entwicklungen nach rechts: Bis hin dazu, dass die Forderung nach mehr Sicherheit durch mehr Polizei in proletarischen Stadtvierteln erhoben wird.

Vertreter dieser Positionen machen sich in der Konsequenz – und größtenteils ungewollt – zu Ma-



10 „Erklärung von SoL zur Wahlboykottkampagne“, zu finden unter: <http://trend.infopartisan.net/trd0813/t290813.html>

rionetten eines Staates, der es immer besser gelernt hat, die unterschiedlichen und widerstrebenden gesellschaftlichen Akteure politisch in seinem Sinne zu steuern. Im besten Fall verurteilen sie sich damit selbst zur völligen Belanglosigkeit. Ein trauriges Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist das jahrelange, ehrliche Engagement zahlreicher Antifaschisten aus DKP, VVN und lokalen Bündnissen, den Staat um ein Verbot der NPD zu bitten. Dort ist die ganze Arbeit hineingeflossen – und heute marschieren Pegida und die AfD zieht in die Parlamente...

WAS HEISST DAS FÜR UNS?

Der Staat und seine faschistischen Anhängsel sind, was die Stimmungen in den Massen angeht, schon seit langem viel mehr auf der Höhe der Zeit als alle Kräfte der linken politischen Widerstandsbewegung zusammengenommen. Sie haben weitestgehend ohne wirksame Gegenwehr bestimmt, was heute gedacht und gefühlt wird.

Wenn wir dem etwas entgegensetzen wollen, ist es der erste und wichtigste Schritt, uns von allen Illusionen über den Staat freizumachen. Das bedeutet, sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus über den Staat wirklich ernsthaft anzueignen. Und das bedeutet, die Illusionen über den Staat und das bürgerliche System auch in unseren Gewohnheiten und politischen Routinen aufzuspüren.

Zweitens haben wir die Aufgabe, die Methoden der strategischen Kommunikation bzw. des „political engineering“ genau zu studieren, die der Staat heute zur Anwendung bringt – und uns ebenso wissenschaftlich und planmäßig zu erarbeiten, was wir dem entgegensetzen.

Drittens wirft diese Ausrichtung dann einige Fragen auf, die schnell auf einen Tabubruch hinauslaufen. Die Überlegung, ob man als KommunistIn / RevolutionärIn den von den Faschisten in die Massen getragenen Begriff „Lügenpresse“ verwenden darf, mag dies beispielhaft verdeutlichen. Der linke Mainstream wird aufschreiben: Das geht ja nun gar nicht! Auch wir haben erhebliche Bauchschmerzen dabei. Andererseits muss man auf taktischer Ebene anerkennen, dass der Begriff „Lügenpresse“ immerhin eine objektive Wahrheit ausdrückt. Als KommunistInnen können wir nicht aufhören, die Wahrheit zu propagieren, nur weil die FaschistInnen aus demagogischen Gründen in bestimmten Elementen ebenfalls darauf zurückgreifen. Wir können und werden natürlich nicht die Lüge verbreiten, dass die mono-

polisierten Medienkonzerne im Imperialismus die Wahrheit verbreiten, nur um uns von den Faschisten abzugrenzen.

Viertens ist damit aber ein viel tiefergehendes Problem verbunden als nur der Streit um Worte und deren Inhalt (z.B. beim Begriff „Terrorismus“) mit der Konterrevolution. Philosophisch gesehen ist der Kommunismus sowohl ein Kind der bürgerlichen Aufklärung wie auch ihre Vollendung: Indem Marx und Engels die wissenschaftliche Methodik von Hegel, die Dialektik, vom Kopf auf die Füße gestellt haben, haben sie der Wissenschaft und Rationalität durch ihre Anwendung auf gesellschaftliche Fragen zum ultimativen Durchbruch verholfen. Die Wahrheit wird siegen und der Marxismus-Leninismus ist im Bezug auf die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft die wissenschaftliche Wahrheit.

So einfach, wie die bürgerliche Aufklärung sich in der Tradition von Lessings ‚Nathan, der Weise‘¹¹ die Sache vorstellt – nämlich: die Wahrheit müsse nur erkannt und verbreitet werden – liegen die Dinge aber nicht. Auch viele KommunistInnen denken in dieser Weise, wie die gesellschaftliche Praxis zeigt. Es mag jedoch zwar für einige Dichter und Denker ein sinnstiftender Lebenszweck sein, nach der Wahrheit zu streben. Aber Unterdrückte wie Unterdrückte kämpfen nicht für die Wahrheit, sondern für sehr subjektive Interessen. Ob und wie engagiert sie einen unbarmherzigen Klassenkrieg ausfechten, hat eben deshalb nicht nur mit der Wahrheit, mit Rationalität und Wissenschaft sondern auch viel mit Emotionen und Psychologie zu tun.

Was wäre also, wenn wir uns nicht damit begnügen können, über die Mechanismen des ‚political engineering‘ und der ‚hybriden Kriegsführung‘ aufzuklären. Was wäre, wenn aus der Aufklärung und Wahrheit allein keine gesellschaftliche Änderung folgt?

Die Schlussfolgerung muss sein, dass wir als Kommunisten nicht nur aufklären, erklären, analysieren und herleiten dürfen. Es ist unsere Aufgabe unsere Agitation und Propaganda auf die Höhe der Zeit zu heben, sodass es uns gelingt nicht nur den Kopf sondern auch die Gefühle und Wünsche der Menschen anzusprechen; sodass es gelingt, den revolutionären Geist, die Gefühle und Hoffnungen bei denen zu wecken, mit denen wir gemeinsam die Revolution durchführen werden. Unsere grundlegende Richtschnur muss dabei stets sein und bleiben, die Menschen zum selbstständigen Denken und zum bewussten Kampf zu aktivieren.

11 Bekanntes Drama der Aufklärung (veröffentlicht 1779).

AUFRUF GEGEN DEN G20-GIPFEL

HERAUS ZUM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS

UND SEINE LAKAIEN:

KÄMPFT UND LEISTET WIDERSTAND

GEGEN DEN G20-GIPFEL IN HAMBURG!

Der G20-Gipfel in Hamburg im Juli diesen Jahres wird auf massiven Widerstand stoßen. DemonstrantInnen aus der gesamten Bundesrepublik werden gemeinsam mit Menschen aus ganz Europa und anderen Teilen der Welt ihre Wut und ihre Ablehnung gegenüber diesem Treffen der schlimmsten Mörder- und Räuberbande der ganzen Welt in vielfältiger Form zum Ausdruck bringen – und das ist sehr gut.

Wir werden an diesem Kampf teilnehmen, um gemeinsam mit anderen revolutionären und konsequent antiimperialistischen Kräften ein deutliches Signal an die ArbeiterInnenklasse in Deutschland sowie an die Unterdrückten und Ausgebeuteten in der ganzen Welt zu senden: Auch hier wird gegen die Imperialisten und ihre Lakaien gekämpft, wir werden ihnen keine Ruhe lassen und deren Traum eines “ruhigen Hinterlands” wird zu Asche zerfallen!

In diesem Sinne mobilisieren wir auf der folgenden Grundlage:

KEIN FRIEDEN MIT DEM IMPERIALISMUS!

Was ist der Imperialismus heute? Der Imperialismus ist kein einzelner monolithischer Block und ist auch nicht in unterschiedliche Blöcke aufgeteilt. Der Imperialismus als Stadium des Kapitalismus ist ein System auf Weltebene. Aber die imperialistischen Kräfte, die politischen Mächte existieren in einem Zustand von Verschwörung und Zwist. Sie kämpfen untereinander um die Herrschaft in der Welt, um Märkte, Rohstoffe, und Dominanzzonen usw. Wie die Räuber schlagen sie sich um die Beute. Aber sie kämpfen auch gemeinsam gegen die Völker der Welt, gegen das internationale Proletariat und gegen jede Kraft, die ihre Herrschaft insgesamt in Frage stellt. Die stärkste der imperialistischen Mächte sind heute die USA. Der Yankee-Imperialismus ist der Weltgendarm der Konterrevolution, und daher der Hauptfeind der Völker der Welt. Die einzige Macht, die den Yankee-Imperialismus überhaupt direkt militärisch herausfordern kann, ist der russische Imperialismus, was die Entwicklungen insbesondere in

der Ukraine und in Syrien sehr deutlich zeigen. Der russische Imperialismus kann dies auf Basis seines nuklearen Erbes. Vor allem die USA können die anderen imperialistischen Mächte herumkommandieren und dominieren.

Es ist sehr wichtig, nicht in die Falle “Alle gegen Trump”, unter dem Vorwand, etwas wie eine “demokratische Front” mit dem deutschen Imperialismus zu bilden, hinein zu tappen. Trump repräsentiert eine Fraktion der herrschenden Klasse in den USA, die unter anderem die EU spalten will, was vor allem erfordert, die BRD politisch, ökonomisch und militärisch zu schwächen. Die Herrschenden in der BRD träumen davon sich zu einer neuen hegemonialen Macht aufzuschwingen, damit sie so um die Welt-herrschaft ringen könnten – zum dritten Mal. Das ist der Kern des Widerspruchs zwischen den USA und der BRD. Es ist nicht ein Kampf zwischen dem “Faschisten Trump” und der “Demokratin Merkel”, wie die staatstreuen Propagandaposaunen es darstellen. Trump repräsentiert die einzige hegemoniale Weltmacht und als solche den Hauptfeind der Völker der Welt. In der BRD repräsentiert Merkel die imperialistische Bourgeoisie und entsprechend den Hauptfeind der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten in diesem Land. Die Proteste gegen den G20-Gipfel dürfen auf keinen Fall auf die “böseren” ausländischen Imperialisten oder faschistoide Reaktionäre wie Erdogan reduziert werden, sondern sie müssen sich auch konsequent gegen den BRD-Imperialismus richten.

Das imperialistische System ist die Quelle des Krieges, des Hungers, der Armut, des Elends und zerstört in seiner Profit- und Machtgier sogar die Umwelt in einem so massiven Umfang, dass die physischen Voraussetzungen für das Leben der Menschen in immer weiteren Teilen der Welt bedroht sind. Der Imperialismus ist der Todfeind des Fortschritts und der Bedürfnisse der absoluten Mehrheit der Weltbevölkerung. Es kann keinen Frieden mit ihm geben. Er muss vernichtet werden, durch die proletarische Weltrevolution.

GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG!

Unabhängig davon, welche Unterschiede es unter den Vertretern der Teilnehmer des G20-Treffen gibt, sind sie alle politische Vertreter von imperialistischen und reaktionären Staaten. Es ist egal, wie sie sich zu maskieren versuchen. Sie sind keine Freunde im Kampf für die Beseitigung der Ausbeutung und der Unterdrückung, sondern im Gegenteil diejenigen, die die direkte Verantwortung für deren Aufrechterhaltung tragen. Sie sind Feinde des internationalen Proletariats und der Völker der Welt.

Überall auf der Welt verschärft sich die Ausbeutung: Auch hier in der BRD wächst die Ausbeutung des Proletariats. Immer mehr Menschen leben in Armut, trotzdem sie jeden Tag ihre Arbeitskraft verkaufen. In der EU zeigt die Entwicklung in Staaten wie Griechenland und Kroatien, um nur zwei Beispiele zu nennen, dass von der "Europäischen Union" Armut und Hunger kommt, und dass diese imperialistische Allianz unter Führung der BRD ein Projekt der Ausbeuter ist. In Osteuropa und auf dem Balkan sind die Lebensbedingungen der ArbeiterInnenklasse und der breiten Volksmassen so prekär, dass die reaktionären Regierungen ein massives Problem damit haben, die Massen niederhalten zu können. In den unterdrückten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist die Illusion über die "Vorteile" der sogenannten "Globalisierung" längst verschwunden und erneut ist der reformistische Traum über "Fortschritt" durch opportunistische Regierungen geplatzt. Die Armut und das Elend treiben die Massen immer wieder in größere und noch größere Konfrontation mit den Lakaien des Imperialismus.

Gleichzeitig setzen die Imperialisten auf eine immer massivere Unterdrückung, imperialistische Aggressionskriege gegen jede Form von Widerstand, massive Militarisierung der eigenen Staaten, massive Überwachung der eigenen Bevölkerung und eine forcierte Entwicklung der faschistischen Bewegungen. Unterdrückung aber bringt Widerstand. Überall auf der Welt kämpfen Menschen heldenhaft gegen die herrschende "Ordnung". Das Problem ist, dass es in den meisten Ländern an einer Kraft mangelt, die diesen Kampf organisiert und in eine wahrhaft revolutionäre Richtung führt.

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Wir wollen mit allen und jedem, die gegen die Verbrecher der G20 kämpfen und Widerstand leis-

ten, zusammen stehen, egal welche Form zu agieren sie wählen. Wir lehnen entschieden jede Spaltung in "gute und böse DemonstrantInnen" ab und wir lehnen jede Zusammenarbeit mit Kräften, die andere DemonstrantInnen denunzieren oder die bürgerliche Presse als Plattform für Angriffe auf RevolutionärInnen nutzen, ab. Unsere Gegner sind die Imperialisten und ihre Lakaien!

Inmitten der vielfältigen Formen des Widerstands werden wir kämpfen, um eine klare internationalistische und revolutionäre Botschaft an die in der ganzen Welt gegen den Imperialismus Kämpfenden zu senden: Wir stehen zusammen mit euch, euer Kampf ist unserer! Diese Botschaft senden wir u.a. an die armen Bauern in Brasilien, die ihre Leben geben, um eine große Revolution zu entfalten; wir senden diese Botschaft an alle, die in Kurdistan, Syrien und dem Irak gegen die imperialistische Aggression kämpfen; wir senden diese Botschaft an die GenossInnen, die in den Volkskriegen in Peru, der Türkei, in Indien und auf den Philippinen ihr Leben geben, um die Revolution zu Ende zu führen; wir senden diese Botschaft an all diejenigen, die gegen den Genozid und die drakonische Repression des Erdoganregimes in der Türkei die Fahne des Widerstandes hochhalten; wir senden diese Botschaft an die, die in den Kerkern der Reaktion überall auf der Welt die Fahnen der Rebellion hochhalten; wir senden diese Botschaft an die KommunistInnen und RevolutionärInnen, die in den imperialistischen Ländern trotz aller ihrer Unterschiede gemeinsam kämpfen, um die imperialistische Bestie zu zerschlagen.

Wir werden unsere Aktivitäten gemeinsam mit allen, die konsequent gegen den Gipfel auftreten, entfalten. Wir laden alle, die dies mit uns gemeinsam machen wollen, ein, unsere Kräfte zu verbinden.

Nieder mit dem Imperialismus und all seinen Lakaien!

Die Rebellion ist gerechtfertigt!

Es lebe der Proletarische Internationalismus!

Für den Kommunismus!

Unterstützende Organisationen
(Stand 20. Februar 2017):

Antiimperialistische Gruppe Wien, Internationalistisches Kollektiv Berlin, Internationalistisches Solidaritätskollektiv Oberösterreich, Kollektiv Rotes Hamburg, Kommunistischer Aufbau, Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen – Magdeburg, Revolutionärer Aufbau Bremen, Revolutionärer Aufbau Watterkant, Revolutionäre Jugend, Dev-Genç Hamburg, Rotes Kollektiv Westösterreich, Rote Aktion

AM 7./8. JULI AUF NACH HAMBURG!

